# E&W

Erziehung & Wissenschaft

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW 11/2023


GEW

# MOBBING

## ES WAR EINMAL …

Sind Exportüberschüsse ein Ergebnis guter Wirtschaftspolitik? Antworten gibt es ab **Seite 20**

## EHRENAMT

Ist Freiwilligenarbeit in der Pflege eine sinnvolle Ergänzung oder ein Sparmodell für den Staat? **Seite 23**

## AUF DISTANZ

Die Ergebnisse der neuen Mitte-Studie sind erschreckend. Was tun gegen den Rechtsruck? **Seite 30**

SIGNAL IDUNA
füreinander da

# Hier gibt es nichts zu korrigieren.

## Unsere leistungsstarken Versicherungen für Lehrerinnen und Lehrer.

Vorbereiten, unterrichten, korrigieren: Lehrerinnen und Lehrer haben jeden Tag Wichtigeres zu tun, als sich mit Versicherungen zu beschäftigen. Wir übernehmen das gern für Sie und bieten maßgeschneiderte Versicherungspakete und eine kompetente Rundum-Beratung.

Weitere Informationen finden Sie hier:

**SIGNAL IDUNA Gruppe**
**Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst**
**Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund**
**Telefon 0231 135-2551, oed-info@signal-iduna.de**

# INHALT

**Impressum** 3
**Auf einen Blick** 4
**Prämie des Monats** 5

Schwerpunkt

## Mobbing

Lehrkräfte können helfen: „Da guckt jemand hin“ 6
Interview: „Kein Kind will ausgegrenzt werden“ 10

Am Arbeitsplatz: Teufelskreis durchbrechen 14
Interview: „Fast alle kennen einen Mobbingfall“ 18

## Gesellschaftspolitik

Wirtschaftsmärchen: „Exportüberschüsse“ 20
Mitte-Studie: Mehr als distanziert 30
Interview zur Mitte-Studie: „Prävention wirkt“ 32

## Dialog

Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren
„Freiwilligenarbeit ist die Goldkante“ 23

## Bildungspolitik

Lehrkräftemangel: Petition an KMK übergeben 27
Interview: Braucht es ein Schulfach Wirtschaft? 28

## Berufliche Bildung und Weiterbildung/ Hochschule

Duales Studium: Die Verzahnung fehlt 34

## Schule

EdTechReflektor: Memory mit Lernsoftware 36
Deutscher Schulpreis: Alle Kinder erreichen 38

## Internationales

Deutsches Gymnasium in Tallinn: Digitale Vorreiter 40

## fair childhood

GEW-Stiftung: Erfolgreich gegen Kinderarbeit 44

## Mitgliederforum 46

## Diesmal 48

**Impressum**
Erziehung und Wissenschaft · 75. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

**Herausgeberin**
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finnern

**Redaktion**
Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

**Gestaltung**
Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

**Verlag mit Anzeigenabteilung**
Stamm Verlag GmbH, Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
**Anzeigenschluss:** am 5. des Vormonats

ISSN 0342-0671

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter www.presse-monitor.de.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Brutto-Bezugspreis p.a. 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: **www.gew.de/ew**

Foto: Inge Kleemann

DER NEU GEWÄHLTE LANDESVORSTAND DER GEW BREMEN: ELKE SUHR, RAMONA SEEGER, CARMEN REHKOPF UND FABIAN KINZ (V. L. N. R.)

## GEW BREMEN MIT NEUER FÜHRUNG

*Generationswechsel bei der GEW Bremen:* Die Oberschullehrerin Ramona Seeger (36) und der Lehrer und ehemalige Kita-Leiter Fabian Kinz (34) führen den Landesverband künftig zusammen mit der Grundschullehrerin Elke Suhr, die mit 85 Prozent der Stimmen wiedergewählt worden ist. Seeger erhielt beim Bremischen Gewerkschaftstag Anfang Oktober 98 Prozent der Stimmen, Kinz 92 Prozent. Als Schatzmeisterin bestätigt wurde die Berufsschullehrerin Carmen Rehkopf (98 Prozent). Thema bei der Konferenz war unter anderem die Lehrkräftearbeitszeit. Hierzu hatte der Landesverband den früheren Berliner Staatssekretär und Mitinitiator des „Bildungsrats von unten“, Mark Rackles (SPD), eingeladen. Rackles hatte im April eine Studie zur Lehrkräftearbeitszeit veröffentlicht, in der er die im internationalen Vergleich hohe Arbeitszeit der Lehrkräfte in Deutschland sowie den geringen Unterrichtsanteil an der Arbeitszeit kritisierte. Weitere Themen des Gewerkschaftstages waren der Rechtsanspruch auf Ganztagsschule, für den noch einmal mehr Pädagoginnen und Pädagogen gebraucht werden, sowie die Forderung „Eine Schule für alle“.

## WETTBEWERB „DIE GELBE HAND“

*Rassismus ist Alltag,* leider auch in der Arbeitswelt. 1986 gründete sich deshalb der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“, eine gewerkschaftliche Initiative gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Der Verein rief den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ ins Leben. Gewerkschaftsjugend, Berufsschülerinnen und -schüler sowie Azubis sind seitdem jährlich aufgerufen, sich mit Beiträgen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Ausgrenzung sowie für ein solidarisches Miteinander am Wettbewerb zu beteiligen.
Aktuell werden kreative Beiträge gesucht. Diese sollten in den Jahren 2022 und 2023 entstanden und noch bei keinem Wettbewerb prämiert worden sein. Erlaubt sind alle Projektarten, Darstellungsformen und Medien.
Der erste Preis ist mit 1.000 Euro dotiert, der zweite mit 700 und der dritte mit 500. Außerdem gibt es den Sonderpreis Saarland (500 Euro), den Sonderpreis DGB-Jugend Rheinland-Pfalz/Saarland (500 Euro) und den Sonderpreis DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen (500 Euro). Einsendeschluss ist der 14. Januar 2024. Die Preisverleihung findet im März 2024 in Saarbrücken statt.

## STEFAN STÖRMER IN NIEDERSACHSEN WIEDERGEWÄHLT

*Stefan Störmer bleibt Landesvorsitzender* der GEW Niedersachsen. Der 55-jährige Lehrer aus Oldenburg erhielt auf der Landesdelegiertenkonferenz Anfang Oktober in Langenhagen bei Hannover 89,6 Prozent der Stimmen. Sabine Kiel (83,2 Prozent) aus Laatzen und Holger Westphal (85,6 Prozent) aus Osnabrück wurden erneut zu seinen Stellvertretungen gewählt. Störmer führt den Landesverband seit Mai 2022.

Foto: Henning Scheffen

BLEIBT LANDESVORSITZENDER DER GEW IN NIEDERSACHSEN: STEFAN STÖRMER

## ARMUT NIMMT ZU

*Armut spiegelt sich zunehmend auch im Klassenzimmer wider* und hinterlässt Spuren bei den Jungen und Mädchen. Nach einer Umfrage der Robert Bosch Stiftung unter Lehrerinnen und Lehrern ist die teils prekäre finanzielle Situation der Familien in den Schulen präsenter als im Jahr zuvor. Jede dritte Lehrkraft (33 Prozent) gab demnach an, Kinder und Jugendliche machten sich häufiger Sorgen um die Finanzen ihrer Familie als früher. An Schulen in sozial benachteiligten Lagen benennen dieses Problem sogar 48 Prozent der Lehrkräfte. Ein Viertel der Lehrerinnen und Lehrer (24 Prozent) berichtet, dass Krankmeldungen vor mehrtägigen Klassenfahrten zunehmen. 16 Prozent stellen häufiger als bislang fest, dass ihre Schülerinnen und Schüler das Essensgeld gar nicht oder nicht pünktlich bezahlen können.

# PRÄMIE DES MONATS

## November: Spiel des Jahres 2022 – CASCADIA

Das Legespiel Cascadia nimmt uns mit in die namensgebende nordwestliche Naturregion Amerikas.
Ziel ist es, ein Biotop mit den darin vorkommenden Landschaften und Tieren zu arrangieren.
Ein tolles Familienspiel mit Naturbezug.

**Mitmachen lohnt sich!**

**Ein neues GEW-Mitglied werben und Deine tolle Prämie gleich online anfordern:**

**www.gew.de/praemie**

**Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!**
**Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:**

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

**Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:**
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

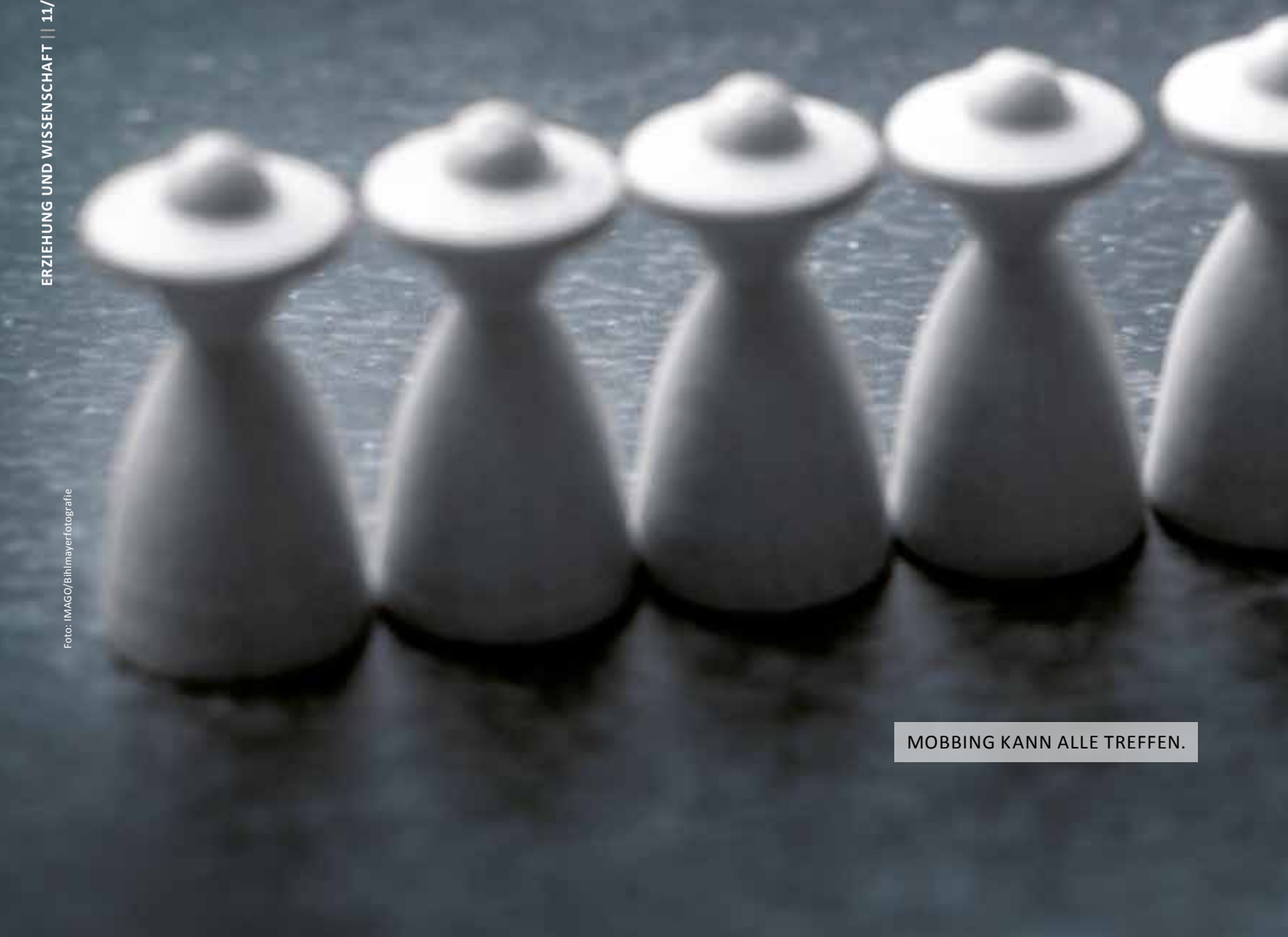
E&W-Prämie des Monats November 2023/Cascadia

# „DA GUCKT JEMAND HIN“

**KATHRIN HEDTKE**
freie Journalistin

*Jedes zehnte Kind in der Schule erlebt Mobbing. In schweren Fällen leiden die Mädchen und Jungen darunter bis ins Erwachsenenalter. Lehrkräfte können viel bewirken.*

Wenn der Film läuft, wird es in der Klasse immer ganz still: Zwei hätten ihn festgehalten, während mehrere Schüler auf ihn einprügelten, berichtet ein Junge in dem Videoclip. „Manchmal wurde ich auch einfach total ignoriert.“ Die anderen Kinder hätten nichts gemacht, zugeguckt oder weitergespielt. Ein Mädchen sagt, dass es bei ihr mit Lästern losging: „Ich habe mich so unwohl gefühlt, war die ganze Zeit einfach nur traurig.“ Eine andere Schülerin gesteht: „Da habe ich mir gewünscht, dass ich einfach sterbe.“



MOBBING KANN ALLE TREFFEN.

Foto: IMAGO/Bihlmayerfotografie

Der zweiminütige Kurzfilm „Schulweg in die Angst“ ist Teil eines Workshops gegen Mobbing – und zeigt auf, wie sehr Schülerinnen und Schüler darunter leiden, wenn sie systematisch fertig gemacht werden. „Oft sind sich die Kinder gar nicht bewusst, was Mobbing mit den Opfern macht“, sagt Lehrerin Sybille Schwarz vom Mediationsteam am Schuldorf Bergstraße in Südhessen.
Deshalb wird Prävention an der Gesamtschule in Seeheim-Jugenheim großgeschrieben. Der Workshop ist Pflicht für alle 5. und 6. Klassen. Zudem wird jederzeit ein Anti-Mobbing-Training eingesetzt, wenn es in einer Klasse erste Anzeichen gibt, dass etwas schiefläuft. „Wichtig ist, so früh wie möglich aktiv zu werden“, erklärt Schwarz. Da lasse sich das Problem in der Regel noch leicht aus der Welt schaffen. Häufig fängt es damit an, dass eine Freundschaft zerbricht und sich eine neue Clique bildet. Ein Mädchen drängt ihre ehemals beste Freundin bewusst aus der Gruppe – aus Angst, zum Schluss selber alleine da zu stehen. Oder zwei Schülerinnen stehen auf denselben Jungen. „Mit der Pubertät passiert in dieser Altersphase sehr viel, was Konfliktpotenzial bietet“, sagt die Lehrerin.

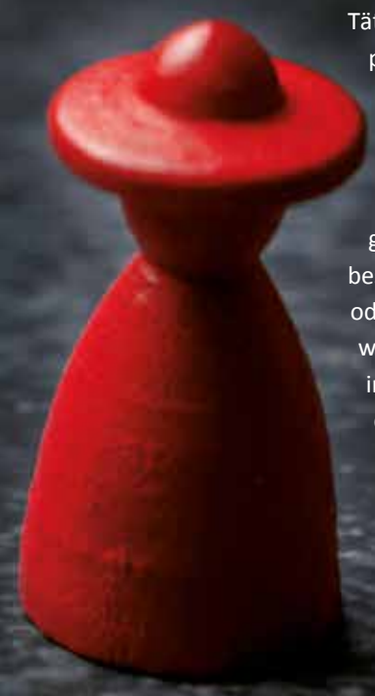
## Unter Mobbing leiden alle – auch Täterinnen und Täter.

Mobbing ist vor allem in der Mittelstufe verbreitet. Studien zufolge sind etwa 13 Prozent aller Schülerinnen und Schüler direkt an Mobbing beteiligt, sagt der Erziehungswissenschaftler Sebastian Wachs von der Universität Münster: „In jeder Klasse sitzen etwa zwei Kinder, die entweder gemobbt werden oder selbst mobben.“ In der Oberstufe sieht es in der Regel besser aus. Mit zunehmendem Alter lernten die Jugendlichen, Probleme anders zu lösen, erklärt der Wissenschaftler. Allerdings zeigten Studien: „Gemobbt wird in allen Schulformen.“ Aber die Art und Weise unterscheide sich leicht: An Haupt- und Realschulen komme es häufiger zu physischer Gewalt, an Gymnasien würden Schülerinnen und Schüler eher verbal angegriffen und ausgegrenzt (s. Interview S. 10 ff.).
Was schlimmer ist? „Die Folgen können in beiden Fällen gravierend sein“, betont Wachs. Wer als Kind von schwerem Mobbing betroffen sei, leide mitunter noch als Erwachsener darunter. Die Opfer täten sich schwerer, Menschen zu vertrauen und Freunde zu finden. Sie litten häufiger unter Angststörungen und Depressionen. Das Spektrum der Folgen reiche bis zum Suizid.

Der Erziehungswissenschaftler vermeidet bewusst, bei Mobbing von Täterinnen oder Tätern zu sprechen: „Schließlich leiden diese auch.“ Diese Kinder und Jugendlichen seien nicht fähig, Konflikte sozialverträglich auszutragen. „Wir müssen uns bewusst machen, dass ihnen auch geholfen werden muss“, meint Wachs. Mobbing lasse sich nicht allein mit Persönlichkeitsmerkmalen erklären, sondern sei auch auf Erfahrungen in Familie und Schule zurückzuführen. In der Leistungsgesellschaft seien Kinder und Jugendliche sehr viel Druck ausgesetzt, den sie weiterreichten.

## Personalmangel und zunehmende Armut begünstigen Mobbing.

Auch am Schuldorf in Seeheim-Jugenheim macht Lehrerin Schwarz diese Erfahrung. Meist gehe es darum, sich selbst aufzuwerten, indem man andere abwertet. Die Täterinnen und Täter pickten sich irgendein Merkmal heraus: Schülerinnen und Schüler würden zum Beispiel fertig gemacht, weil sie besonders arm seien oder besonders reich, weil sie besonders gut in der Schule seien oder besonders schlecht. Oft treffe es jedoch Kinder, die vom Mainstream abweichen.



Die Sozialpädagogin Anne Korbach, Leiterin der Schulsozialarbeit in der Darmstädter Innenstadt Nord, beobachtet, dass Mobbing im vergangenen Jahr massiv zugenommen hat: „Es gibt aktuell viele Konflikte an Schulen.“ Sie vermutet, dass die Corona-Pandemie eine Ursache sein könnte. Viele Kinder hätten Schwierigkeiten damit, sozial miteinander umzugehen. Sie hätten offenbar den Umgang mit Konflikten nicht geübt. An Haupt- und Realschulen komme es verstärkt zu Bedrohungen und Schlägereien. „Das haben wir punktuell immer mal, aber nicht so massiv und gehäuft wie jetzt“, sagt die Sozialarbeiterin.

>>>

>>> Begünstigt werde Mobbing auch durch strukturelle Rahmenbedingungen: Viele Familien hätten immer weniger Geld, die Schere zwischen Arm und Reich gehe weiter auseinander. „Das spüren die Kinder“, meint Korbach. „Dadurch entstehen Frust – und Überheblichkeit.“ Hinzu komme der Personalmangel an Schulen: Vielerorts fehlten Lehrkräfte, die Schulsozialarbeit benötige an einigen Schulen mehr Kapazitäten und Schulleitungsstellen seien mitunter nicht besetzt. Bei Mobbing brauche es klare Handlungsabläufe, betont die Sozialpädagogin: Welche Schritte sind wann erforderlich? Wann sind Gespräche mit den Eltern zu führen? Welche Anti-Mobbing-Strategien in der Klasse umzusetzen? Welche Ordnungsmaßnahmen zu ergreifen? Wann ist das Jugendamt einzuschalten? „Zudem müssen wir gemeinsam das soziale Miteinander an Schulen stärken“, betont Korbach. Dafür sei gute Präventionsarbeit das A und O. Viele Schulleitungen und Lehrkräfte seien sehr engagiert. Doch die vielen Anforderungen an Schulen kosteten Zeit und Kraft. Deshalb kämen immer mehr Lehrkräfte an ihre Grenzen, sagt die Sozialpädagogin. Dabei erlebe sie im Schulalltag immer wieder, wie wichtig es sei, genau hinzugucken und zuzuhören: „Das kann so viel bewirken.“

Wenn Lehrkräfte bei Mobbing nicht intervenieren, betrachten Kinder das als stillschweigende Duldung.

„Lehrkräften kommt eine riesige Rolle zu, absolut“, bestätigt Erziehungswissenschaftler Wachs. „Ihre genuine Aufgabe ist Bildung und Erziehung.“ Sie könnten aktiv dazu beitragen, dass aus einer Klasse eine Gemeinschaft wird. Bei Mobbing seien sie meist die erste Vertrauensperson. Wenn Lehrkräfte nicht intervenierten, betrachteten Kinder das als stillschweigende Duldung, warnt er. In der Folge bewerteten sie eigenes Verhalten als nicht so schlimm, das Mobbing gehe weiter, andere Schülerinnen und Schüler machten mit. „Es entsteht ein Teufelskreis“, sagt Wachs. Allerdings zeigten Studien, dass Lehrkräfte häufig eingreifen. „Mit Erfolg.“
Viele Schulen setzen erfolgreich auf den sogenannten No-Blame-Approach: Diese Methode verzichtet darauf, Täterinnen oder Täter zu benennen und zu bestrafen, sondern zielt darauf ab, ein Unterstützungsteam für das Opfer zusammenzustellen. Ein anderer Ansatz ist, die Täterinnen oder Täter klar mit ihrem negativen Verhalten zu konfrontieren. Wachs rät Schulen, so viele Werkzeuge wie möglich einzusetzen: „Erfolgversprechend ist vor

allem, möglichst viele Akteure mit ins Boot zu holen.“
Alle Schulen benötigten Präventions- und Interventionspläne. „Aber nicht in den Schubladen, sondern als Handlungssicherheit in den Köpfen“, betont der Wissenschaftler. Er erlebe immer wieder, dass Lehrkräfte gar nicht wüssten, ob ihre Schule ein Konzept hat.
Am Schuldorf Bergstraße lassen sich Lehrkräfte über Monate hinweg zu Mobbing-Interventionsteams ausbilden. „Wichtig ist eine Kultur des Hinschauens“, stellt

„OFT SIND SICH DIE KINDER GAR NICHT BEWUSST, WAS MOBBING MIT DEN OPFERN MACHT“, SAGT LEHRERIN SYBILLE SCHWARZ VOM MEDIATIONSTEAM AM SCHULDORF BERGSTRASSE IN SEEHEIM-JUGENHEIM.

Foto: Christoph Boeckheler

Schwarz fest. Ihre Kollegin Francesca Sohni ergänzt, dass Klassenleitungen meist ein sehr gutes Gefühl dafür hätten, wenn in ihrer Klasse etwas nicht stimmt. Oft braucht es gar nicht viel. „Es hilft immer, irgendwas zu machen“, sagt Schwarz. Wichtig sei, dass die Kinder erleben: „Da guckt jemand hin!“ ■

Eine der im Beitrag genannten Studien finden Sie unter **gew.de/ew-11-23**

## Wie lässt sich Mobbing erkennen?

Regel Nummer eins: Hinschauen! Lehrkräfte bekommen in der Regel schnell mit, wenn ein Kind in ihrer Klasse oft bloßgestellt, gehänselt oder ausgeschlossen wird. Hellhörig sollten sie werden, wenn jemand nicht mehr gerne zur Schule geht, häufig unkonzentriert wirkt, schlechte Noten schreibt und sich immer mehr zurückzieht.

## Wann handelt es sich um Mobbing?

Von Mobbing ist die Rede, wenn es regelmäßig über längere Zeit hinweg Übergriffe gibt und mehrere Menschen beteiligt sind. Nicht jeder Konflikt ist gleich Mobbing. So oder so sollten Lehrkräfte schnell aktiv werden. Gerade am Anfang ist das Problem meist leichter in den Griff zu bekommen.

## Was sollten Lehrkräfte tun?

Lehrkräfte sollten zunächst das Gespräch mit dem betroffenen Kind suchen. Zudem ist ratsam, sich Unterstützung zu holen. Es gilt, das weitere Vorgehen mit Kolleginnen und Kollegen sowie der Schulsozialarbeit zu besprechen. In ernsten Fällen ist auch die Schulleitung einzuschalten. Da es sich bei Mobbing um ein Gruppenphänomen handelt, muss auch die Klasse einbezogen werden. Wichtig ist jedoch, nichts über den Kopf des Opfers hinweg zu unternehmen. K.H.

# „KEIN KIND WILL AUSGEGRENZT WERDEN“

Foto: Marc Zimmer

*Der Schwächere, der den ‚Durstlöscher‘ dessen, der ihn erpresst, finanzieren muss, ist genauso ein Mobbingopfer wie das Mädchen, das im Gymnasium wegen seiner Klamotten gehänselt wird.*

LISA GRAF,
LEHRERIN UND BUCHAUTORIN

**INTERVIEW: CHRISTOPH RUF**
freier Journalist

*Lisa Graf kommt aus prekären Verhältnissen. Über ihre Erfahrungen als Lehrerin an einer Haupt- und Realschule in einem sogenannten Brennpunktviertel hat sie ein Buch geschrieben.*

*Im Interview erläutert sie, welch fatale Folgen die frühe Selektion der Kinder nach der 4. Klasse hat und was es braucht, um die Gesellschaft beieinander zu halten.*

**E&W:** „Schüler, die auf unserer Schule landen, wissen, dass sie auf der Bildungsleiter ganz unten stehen. Entsprechend verhalten sich viele von ihnen“, schreiben Sie in Ihrem Buch. Was genau meinen Sie?

**Lisa Graf:** Es kam oft vor, dass es Schlägereien gab, besonders die Pausenaufsicht fand ich sehr anstrengend. Es herrschte oft eine Grundaggression. Und es kam häufiger vor als auf dem Gymnasium, dass Schülerinnen und Schüler Angst voreinander hatten – beispielsweise, weil ein Stärkerer sie um Geld erpresste. Auf dem Gymnasium würde jeder sofort fliegen, der Mitschülerinnen und -schüler mit dem Messer bedroht, was natürlich nicht jede Woche vorkommt, aber auch nicht selten. Hier fehlt dazu die Handhabe, denn wohin sollen die Kinder, wenn sie von der Schule geflogen sind? Und trotzdem gibt es Parallelen zu Jugendlichen in Gymnasien.

**E&W:** Die da wären?

**Graf:** Kein Kind will ausgegrenzt werden – nirgendwo. Wenn Sie aber in sozioökonomisch schwierigen Verhältnissen großwerden, stellt sich die Frage, wie man es trotzdem schafft, Statussymbole zu besitzen. Kleinkriminalität entsteht auch durch den Versuch, sich das zu beschaffen, was andere Kinder wie selbstverständlich besitzen.

**E&W:** Und es gibt noch viele andere Distinktionsmerkmale außer Markenklamotten.

**Graf:** Das fängt bei der Ernährung an. Als im Getränkeautomat des Gymnasiums, an dem ich gearbeitet habe, ein Energy Drink auftauchte, gingen die Eltern sofort auf die Barrikaden. In der Haupt- und Realschule ist es völlig normal, dass alle gefühlt rund um die Uhr einen in der Hand haben. Und vielsagend ist es auch, wenn ein Hauptschüler berichtet, dass er einen Freund auf dem Gymnasium besuchen wollte und ein Lehrer ihm den Weg versperrt hat: Mit seiner Jogginghose gehöre er doch sicher nicht hierher.

**E&W:** Ernsthaft?

**Graf:** Auch wenn nicht jeder dort so unsensibel ist wie dieser Kollege: Am Gymnasium weiß jeder, dass die anderen unten sind und sie selbst nicht nach unten wollen. Das haben alle verinnerlicht. Umgekehrt bekommen Kinder, die vom Gymnasium auf die Realschule zurück müssen, Sprüche zu hören wie: „Da kommt der Schlaue“, „die Streberin“.

>>>

>>> **E&W:** Die Zweiklassengesellschaft, die wechselseitige Diskriminierung, ist also auf beiden Seiten verinnerlicht?

**Graf:** Jeder Gymnasiast weiß, dass er bestehen kann, wenn er gute Leistungen abliefert. Auf einer Schule in einem Brennpunktviertel haben die Kinder seltener die Erfahrung gemacht, dass es sich lohnt, sich anzustrengen. Stärke ist das Paradigma, Schlägereien sind oft der Aushandlungsprozess. Der Schwächere, der den ‚Durstlöscher' dessen, der ihn erpresst, finanzieren muss, ist genauso ein Mobbingopfer wie das Mädchen, das im Gymnasium wegen seiner Klamotten gehänselt wird.

**E&W:** Sie haben das erlebt?

**Graf:** Ja, ich hatte eine Siebtklässlerin, die vom Gymnasium herunter musste und berichtete, dass sie wegen ihrer Kleidung und ihrer Sprachmelodie ständig verspottet worden war. Mit der Kleidung, mit dem, was sie selbst „Kanakenslang" nennen, öffnet man dem privilegierten Milieu Tür und Tor für Mobbing.

*„Es ist eindeutig,*
*dass es primär vom Bildungsstand*
*der Eltern abhängt,*
*an welche Schulform du kommst."*

LISA GRAF,
LEHRERIN UND BUCHAUTORIN

Das Mädchen mit den Reiterleggins und die Gleichaltrige mit der Jogginghose sprechen völlig anders. Und beide erfüllen in einem Maße die Klischees, dass man manchmal lachen muss. Aber das Lachen bleibt einem im Halse stecken.

**E&W:** „Wir sind die Asozialen", sagen Ihre Schülerinnen und Schüler.

**Graf:** Und das wird umgedreht: Wir ziehen uns so an, damit wir nicht so aussehen wie die vom Gymnasium. Ich war als Schülerin auch so: Mädchen, die im Orchester gespielt haben, fand ich ohne Ende peinlich.

**E&W:** Nun wird oft behauptet, das Schulsystem sei durchlässiger geworden.

**Graf:** Es ist eindeutig, dass es primär vom Bildungsstand der Eltern abhängt, an welche Schulform du kommst. Ich bin als Bildungsaufsteigerin die Ausnahme. Erfolgsgeschichten sind aber in der Wahrnehmung präsenter. Sie sind jedoch die lächerliche Ausnahme.

**E&W:** Warum wehren sich die Menschen nicht gegen dieses System?

**Graf:** Ich fürchte, diese Frage ist typisch für ein Grundproblem der Debatte: Wir verstehen die Dynamiken in diesen Milieus nicht und denken, wenn wir die Hand hinhalten, dann können die, wenn sie nur wollen.

**E&W:** Was daran ist falsch?

**Graf:** Wenn du nie Erfolgserlebnisse hattest, deine Talente nie gefördert wurden, glaubst du nicht daran, dass dir das etwas bringen soll. Wer von klein auf gelernt hat, dass er immer am Rand steht, gründet nicht plötzlich mit 40 Jahren einen Elternverband. Und eine alleinerziehende, berufstätige Mutter, die den Mindestlohn oder nur wenig mehr verdient, hat auch gar nicht die Zeit, sich um das Erziehungssystem zu kümmern.

**E&W:** Wie kann es gelingen, den Kindern mehr Selbstbewusstsein zu vermitteln?

**Graf:** Was mir vorschwebt, käme dem Schulalltag in Skandinavien nahe. Dort versteht sich Schule als System, das alle auf den gleichen Stand bringen soll. Wir hingegen gehen wie selbstverständlich davon aus, dass es Unterschiede gibt und man die Kinder deshalb in die verschiedenen Schulformen sortieren muss. Und das in 14 von 16 Bundesländern schon in der 4. Klasse. Meine Gegenvorschläge wären allerdings nicht Kuschelpädagogik oder die Abschaffung der Noten.

**E&W:** Sondern?

**Graf:** Ein radikaler Systemwechsel, der allerdings in anderen europäischen Ländern längst selbstverständlich ist. Es braucht einfach viel mehr Personal, mehr Lehrkräfte, vor allem aber multiprofessionelle Teams in allen Klassen mit Psychologinnen und Psychologen, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern, Integrationshelferinnen und -helfern. Das ist der einzige Weg, dafür zu sorgen, dass Kinder jemanden haben, der oder die sie verlässlich in der Schule begleitet. Denn das haben sie

bisher dort nicht – und zu Hause meist schon gar nicht. Auch wenn ich die Selektion furchtbar finde, muss die für eine Übergangszeit weiter praktiziert werden, während der man das Niveau der Schulen, die Probleme haben, anhebt, damit die Kinder dann am Ende ihrer Schulzeit mit denen aus anderen Vierteln zusammengebracht werden können. Wenn wir so weitermachen, wird die Gesellschaft kollabieren.

**E&W:** Das klingt dramatisch.

**Graf:** Es nützt nichts, die Augen vor der Realität zu verschließen: Viele Haupt- und Realschülerinnen und -schüler sind so schlecht vorbereitet und haben so wenig Antrieb, dass sie tatsächlich keine Ausbildungsstelle bekommen können. Im Gymnasialmilieu ist das vielen noch egal. Aber wenn sie bald gar keine Handwerker mehr finden, ändert sich das. Was in den Schulen passiert, wird immer mehr ein Problem für alle. ■

Lisa Graf: Abgehängt. Von Schule, Klassen und anderen Ungerechtigkeiten, Weckruf einer Lehrerin, Heyne Verlag 2022

Lisa Graf (geb. 1989) hat früh ihren Vater verloren, die Mutter, eine Krankenschwester, hat sich nie um die Schulkarriere ihrer Kinder gekümmert. Über Umwege macht Graf Abitur und stellt später als Lehrerin fest, dass sich seit ihrer Kindheit wenig geändert hat, zumindest nicht zum Positiven: Der sozioökonomische Status der Eltern entscheidet nach wie vor über die Schullaufbahn der Kinder. Graf hat zuerst an einem Gymnasium gearbeitet und dann auf eigenen Wunsch drei Jahre an einer Haupt- und Realschule in einem benachteiligten Stadtteil in einer südwestdeutschen Großstadt.

KLASSIK STIFTUNG WEIMAR

Informationen zu allen Bildungsangeboten für jede Klassenstufe

www.klassik-stiftung.de/bildung/bildungsangebote

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Freistaat Thüringen Staatskanzlei

weimar Kulturstadt Europas

Die Klassik Stiftung Weimar wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages sowie dem Freistaat Thüringen und der Stadt Weimar.

# DEN TEUFELSKREIS DURCHBRECHEN

**JEANNETTE GODDAR**
freie Journalistin

*Nicht nur unter Kindern und Jugendlichen ist Mobbing trauriger Alltag. Auch Beschäftigte mobben und werden gemobbt. Viel spricht dafür, dass die Gefahr des Mobbings mit steigendem Druck am Arbeitsplatz größer wird.*

Haben Sie Erfahrungen mit Mobbing? An deutschen Arbeitsplätzen antwortet darauf nur gut jede und jeder Zweite: nein. Mehr als ein Viertel (27 Prozent) gibt an, schon einmal gemobbt worden zu sein, knapp ein Fünftel (17 Prozent) kennt es von Kolleginnen oder Kollegen. 4 Prozent sagen: Ich habe gemobbt! Erhoben wurden die Zahlen in einer Online-Umfrage im März 2021 von dem Unternehmen YouGov. Mitten in der Corona-Pan-

demie also, woran sich eine überraschende Erkenntnis anschließt: Mobbing im Internet spielt – anders als bei Kindern und Jugendlichen – unter Erwachsenen offenbar eine untergeordnete Rolle. Die allermeisten gaben an, „in sozialer Interaktion“ gemobbt worden zu sein.
Aktuelle Zahlen für den Bildungsbereich liegen nicht vor. Im Schulkontext blickt man deswegen immer noch auf die Studie des Erziehungswissenschaftlers Reinhold Jäger (Uni Koblenz-Landau), der 2012 rund 1.800 Lehrkräfte befragte. Rund jede und jeder Zweite unter ihnen fühlte sich gemobbt. Weil nicht jeder Streit als Mobbing zu bewerten ist und Selbsteinschätzungen meist zu hoch ausfallen, fragte Jäger auch nach mehrmaliger Schikane. So errechnete er ein Mobbing-Risiko, das bei Frauen mit 22 Prozent deutlich höher liegt als bei Männern mit 16 Prozent. Mehr als jede zweite betroffene Lehrkraft (54 Prozent) fühlte sich von der Schulleitung gemobbt, wofür es auch den Begriff „Bossing“ gibt. Dahinter folgt Mobbing durch Kolleginnen und Kollegen (48,4 Prozent); Eltern und Schülerinnen oder Schüler waren für weit weniger Mobbing verantwortlich.
„Um angemessen zu reagieren, müssen wir wissen, wie die Lage ist. Dazu braucht es auch mehr Forschung“, erklärt Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied für Schule. Sie befürchtet, in der aktuellen Mangellage werde deutlich mehr gemobbt als zuvor: „Wird die Personaldecke dünner, wirkt sich das negativ auf das Miteinander und das Schulklima aus. Raum für Kommunikation ist eine entscheidende Ressource“, so Bensinger-Stolze.

*„Die Erfahrung zeigt leider: Auch Schulleitungen können an Mobbing beteiligt sein.“*

ANJA BENSINGER-STOLZE,
GEW-VORSTANDSMITGLIED SCHULE

Die Entstehung von Mobbing sei „sehr oft ein Prozess, der zum Beispiel durch Personalreduktion gefördert wird“, schreibt die Deeskalationstrainerin Heike Leye in dem Ratgeber „Mobbing in der Schule: Das Praxisbuch“. Wenn es zur Normalität werde, dass Kolleginnen und Kollegen „immer mehr auffangen“ müssten, erhöhe das den „Frustpegel“ – erst recht, wenn, wie an vielen Schulen empfunden, „die mögliche Einflussnahme vergleichsweise gering“ sei. Leye beschreibt auch als problematisch, dass Lehrkräfte immer noch oft isoliert arbeiteten – „je größer die Kollegien, desto verschlossener ist oft die Arbeitsweise“.
Andreas Fischer kennt als langjähriger Sozialarbeiter an einer Berliner Gemeinschaftsschule zahlreiche Mobbingfälle aus der Praxis. Er sagt: „Ob im Hort oder in der Schule: Die aktuellen Strukturen sind sicher nicht darauf angelegt, Mobbing zu minimieren.“ Krankheit und Teilzeit seien typische Faktoren, die Mobbing-Prozesse in Gang setzen könnten. „Wer nicht zur Verfügung steht, läuft schnell Gefahr, dass sich andere gegen ihn oder sie verbünden“, beobachtet er. Vor allem für Betroffene, die mit einer

>>>

Foto: IMAGO/Pond5 Images

>>> Erkrankung kämpfen, entstehe so oft ein Teufelskreis: „Steigt der Druck, sinkt die Chance, wieder gesund zu werden. Nicht selten kommt es so zu einem erst vorübergehenden, dann dauerhaften Ausstieg."
Fischer appelliert, rechtzeitig aktiv zu werden, wenn jemand Mobbing erlebt: „Im streng hierarchischen System Schule ist das immer noch nicht der Normalfall."
Und er fordert, im Rahmen der zurzeit an Schulen entstehenden Schutzkonzepte, die unter anderem ein Beschwerdemanagement vorsehen, an die Beschäftigten zu denken: „Meist werden diese gar nicht einbezogen."
Auch im betrieblichen Eingliederungsmanagement – das regelhaft nach einem zeitweisen Ausstieg greift – fehle oft die Zeit, dieses angemessen zu führen.
Zuständig für das dienstliche Wohlergehen ist die Schulleitung; dazu zählt Prävention ebenso wie das Unterbinden psychischer und physischer Grenzverletzungen. Im besseren Fall, zum Beispiel in Frankfurt am Main, beschreibt eine Dienstvereinbarung zum Umgang mit Mobbinghandlungen, was die Schulleitung in diesen Fällen zu tun hat: Zunächst einzeln, dann gemeinsam muss sie Gespräche mit den Beteiligten führen und eine Vereinbarung auf den Weg bringen, welche Verhaltensweisen unterlassen werden müssen. Auch die regelmäßige Überprüfung steht in der Vereinbarung (s. Interview Seite 18 f.).
GEW-Vorstandsmitglied Bensinger-Stolze hält Dienstvereinbarungen für einen richtigen Weg: „Doch die Erfahrung zeigt leider: Auch Schulleitungen können an Mobbing beteiligt sein." In der Stufe über ihnen, in den Schulverwaltungen, gebe es wiederum oft eine große Nähe zu den Leitungen. Wichtig seien deshalb unabhängige Beratungsstellen, angegliedert etwa an die Arbeitsmedizinischen Dienste. Betroffenen rät Bensinger-Stolze, sich an den Personalrat und/oder die örtliche GEW zu wenden: „Die Kolleginnen und Kollegen können an kompetente Stellen weitervermitteln – im Zweifel auch an den gewerkschaftlichen Rechtsschutz."
Damit es gar nicht erst zu Fällen kommt, können Schulen etwas tun. Jäger stellte in seiner Studie fest: An Schulen ohne „Maßnahmen gegen Mobbingattacken" sei die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Mobbing zu werden, rund doppelt so hoch wie in Einrichtungen, in denen es Maßnahmen gegen Mobbing gibt. Der österreichische Mobbing-Experte Florian Wallner fordert in dem vom Verein Aktion Courage e. V. herausgegebenen Baustein „Mobbing in Schule & Jugendarbeit" deshalb: Es brauche ein „klares Bekenntnis zur Gestaltung der Schule als sicherer Ort", beginnend im Leitbild: „Gewalt und

MOBBING AM ARBEITSPLATZ IST WEIT VERBREITET. AUCH IN KITA, SCHULE UND HOCHSCHULE SIND DIE BESCHÄFTIGTEN BETROFFEN.

Mobbing haben bei uns keinen Platz." Wichtig außerdem: eine Kultur, in der Konflikte angesprochen und konstruktiv bearbeitet werden.

Mobbing hat immer auch mit Macht zu tun.

Wallner macht auf noch etwas aufmerksam: Es braucht eine Kommunikation, die von Gleichwertigkeit geprägt ist: Der „Umgang einer Gemeinschaft mit Diversität und Konflikten" sei für die „Ermöglichung eines Mobbingsys-

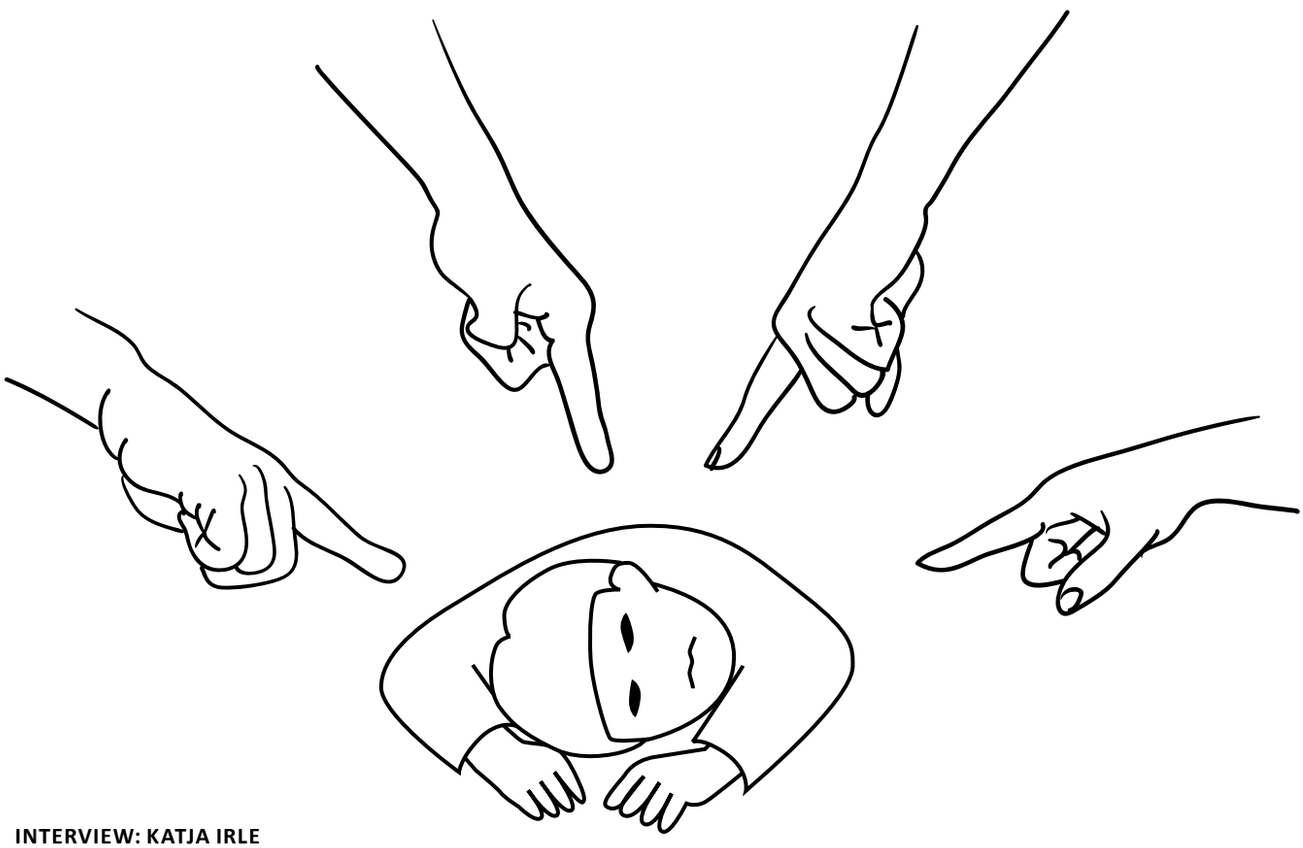
Foto: IMAGO/phototek

tems ein zentraler Faktor“. Auch ein Blick in Fallstudien, wie sie in Lehrerforen oder Büchern stehen, zeigt: Oft werden die gemobbt, die „anders“ sind – weil sie mit neuen Methoden von der Hochschule oder aus dem Referendariat kommen oder eine „andere“ Herkunft haben. Mobbing hat immer auch mit Macht zu tun. Und: Mobbing findet nicht zwischen Opfer und Täter statt – sondern wird erst möglich durch die Unterstützerinnen und Unterstützer, die Wallner „Möglichmacher“ nennt.
In anderen Bildungsbereichen gilt das Gleiche wie in der Schule: „Unter Erzieherinnen und Erziehern greifen die gleichen Mechanismen wie bei Lehrkräften“, sagt Fischer. Auch die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers greift grundsätzlich. Bei den Kitas ist das zunächst die Kita-Leitung; der Verein Pro Kita rät zudem: „Mitunter gibt es auch bei den Trägern einen Ansprechpartner, der sich Mobbingfällen annimmt.“ Selbiges gilt für Weiterbildungsträger.
Unübersichtlich ist die Lage an den Hochschulen mit ihren Instituten, Fakultäten, Zentralstellen und Leitungen: Zwar gibt es mit Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, psychosozialen Beratungsstellen und Ombudspersonen eine Reihe potenziell Zuständiger. Was es meist nicht gibt, ist ein zentraler Ansprechpartner für Mobbing-Fälle.

> *Mobbing findet nicht zwischen Opfer und Täter statt – sondern wird erst möglich durch die Unterstützerinnen und Unterstützer.*
>
> FLORIAN WALLNER,
> ÖSTERREICHISCHER MOBBING-EXPERTE

Für speziellen Druck sorgt an Hochschulen die massenhafte befristete Beschäftigung: Laut einer 2021 veröffentlichten Studie des aus Promovierenden der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaften sowie der Max-Planck-Gesellschaft bestehenden Netzwerks „N hoch 2“ fühlten sich zwischen 10 und 13 Prozent der Promovierenden an außeruniversitären Forschungseinrichtungen mindestens einmal von Vorgesetzten schikaniert. Gemeldet wurde das demnach nur in jedem dritten Fall – und dann waren auch noch drei Viertel unzufrieden, wie mit der Meldung umgegangen wurde. Als Konsequenz fordert das Netzwerk unter anderem Prüfungskomitees statt „allmächtiger“ Doktorväter oder -mütter.
Die GEW setzt sich seit Jahren in der Kampagne „Dauerstellen für Daueraufgaben“ für eine „wirksame Antidiskriminierungs- und Beschwerdestruktur an Hochschulen und Forschungseinrichtungen“ sowie demokratische Governance-Strukturen ein. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssten die „Einhaltung aller Standards des Arbeits- und Gesundheitsschutzes garantieren“. ■

# „FAST ALLE KENNEN EINEN MOBBINGFALL“



**INTERVIEW: KATJA IRLE**
freie Journalistin

*Nicht nur Kinder und Jugendliche sind Opfer von Mobbing, sondern auch Lehrerinnen und Lehrer. Letztere werden im Kollegium angefeindet oder von Vorgesetzten ausgegrenzt. E&W sprach mit Meike Bär, Co-Vorsitzende des Gesamtpersonalrats am Staatlichen Schulamt Frankfurt am Main und Lehrerin am Dessauer-Gymnasium, über Kommunikationsstrukturen, Prävention und darüber, was GEW und Personalräte gegen Mobbing tun.*

**E&W:** Trifft Mobbing nur einzelne Lehrkräfte oder ist es ein Massenphänomen?

**Meike Bär:** Ich habe dazu keine konkreten Zahlen, aber mache seit vielen Jahren Schulungen für Personalräte, an die sich Betroffene nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz wenden können. In den zwei bis drei Stunden Fortbildung hören die Fragen gar nicht mehr auf. Fast alle kennen einen Mobbingfall – und durch die Gespräche weiß ich auch, dass es sehr anspruchsvoll und komplex ist, adäquat auf Mobbing zu reagieren.

**E&W:** Warum?

**Bär:** Personalräte sind oft die ersten Ansprechpartner. Dabei betreten sie ein Minenfeld. Die Betroffenen erwarten natürlich zu Recht schnelle Hilfe. Personalräte

müssen sich aber auch fragen: Handelt es sich wirklich um Mobbing? Was sagt die „Gegenseite“? Binde ich sofort die Schulleitung ein? Und das alles ohne psychologische Ausbildung mit nur einer Entlastungsstunde pro Woche. Das ist nicht leicht.

**E&W:** Was können Personalräte konkret tun?

**Bär:** Sie können Betroffenen zum Beispiel empfehlen, ein Mobbing-Tagebuch zu führen. Eine Dokumentation ist sehr hilfreich, denn so lässt sich festhalten, ob etwas systematisch geschieht und wer involviert ist. Wenn es Handlungen sind, die konkret darauf abzielen, einen Menschen zu schädigen, handelt es sich um Mobbing. Allerdings gelingt es nicht immer, die Frage, ob es sich um Mobbing handelt, ganz klar mit Ja oder Nein zu beantworten.

**E&W:** Was macht die GEW, um Mobbingopfern zu helfen?

**Bär:** Es gibt eine Rechtsberatung, an die sich betroffene Mitglieder wenden können. Die Situation wird besprochen. Die Beratung kann dann – je nach Lage – an einen Juristen oder eine Juristin verweisen. Außerdem bietet die Gewerkschaft Fortbildungen an.

**E&W:** In vielen Städten und Landkreisen in Deutschland gibt es entsprechende Dienstvereinbarungen der Gesamtpersonalräte mit den Arbeitgebern – auch mit dem Staatlichen Schulamt Frankfurt. Was bringt das?

**Bär:** Die Dienstvereinbarung ist ein Handlungsleitfaden. Sie beinhaltet Verhaltensempfehlungen für Betroffene, benennt Ansprechpartner beziehungsweise Verantwortliche und beschreibt, wie eine Intervention aussehen kann. Ohne solche Handreichungen bleibt das Engagement gegen Mobbing an Schulen ungeregelt – und das kann dazu führen, dass gar nichts passiert oder Verantwortung delegiert wird.

**E&W:** Welche Rolle spielt die Schulleitung?

**Bär:** Schulleitungen sind generell verantwortlich für den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Lehrerinnen und Lehrer. Sie müssen also reagieren, denn nichts ist so zerstörerisch für die Psyche wie Mobbing. Sie sollen versuchen, den Sachverhalt zu klären, Gespräche führen, die Schulpsychologie einbinden etc. Schulleitungen können aber auch externe Mediation und Coaching beantragen, wenn sich das Problem intern nicht lösen lässt. Denn oft schwelt ein Konflikt schon seit Jahren – und leider dauert es dann auch sehr lange, um Strukturen zu beseitigen, die Mobbing begünstigen.

**E&W:** Und wenn die Schulleitung Teil des Problems ist beziehungsweise selbst mobbt?

**Bär:** In so einem „Bossing“-Fall rät die Dienstvereinbarung Betroffenen, sich direkt an den örtlichen Personalrat zu wenden. Dieser wiederum kann dann Gespräche mit der Schulleitung führen oder gleich den nächst höheren Vorgesetzten einschalten. Auch Gleichstellungsbeauftragte oder Schwerbehindertenvertretungen kann man mit ins Boot holen.

**E&W:** Die Dienstvereinbarung verpflichtet auch zur Prävention, damit sich Mobbing gar nicht erst entwickelt. Ist das realistisch?

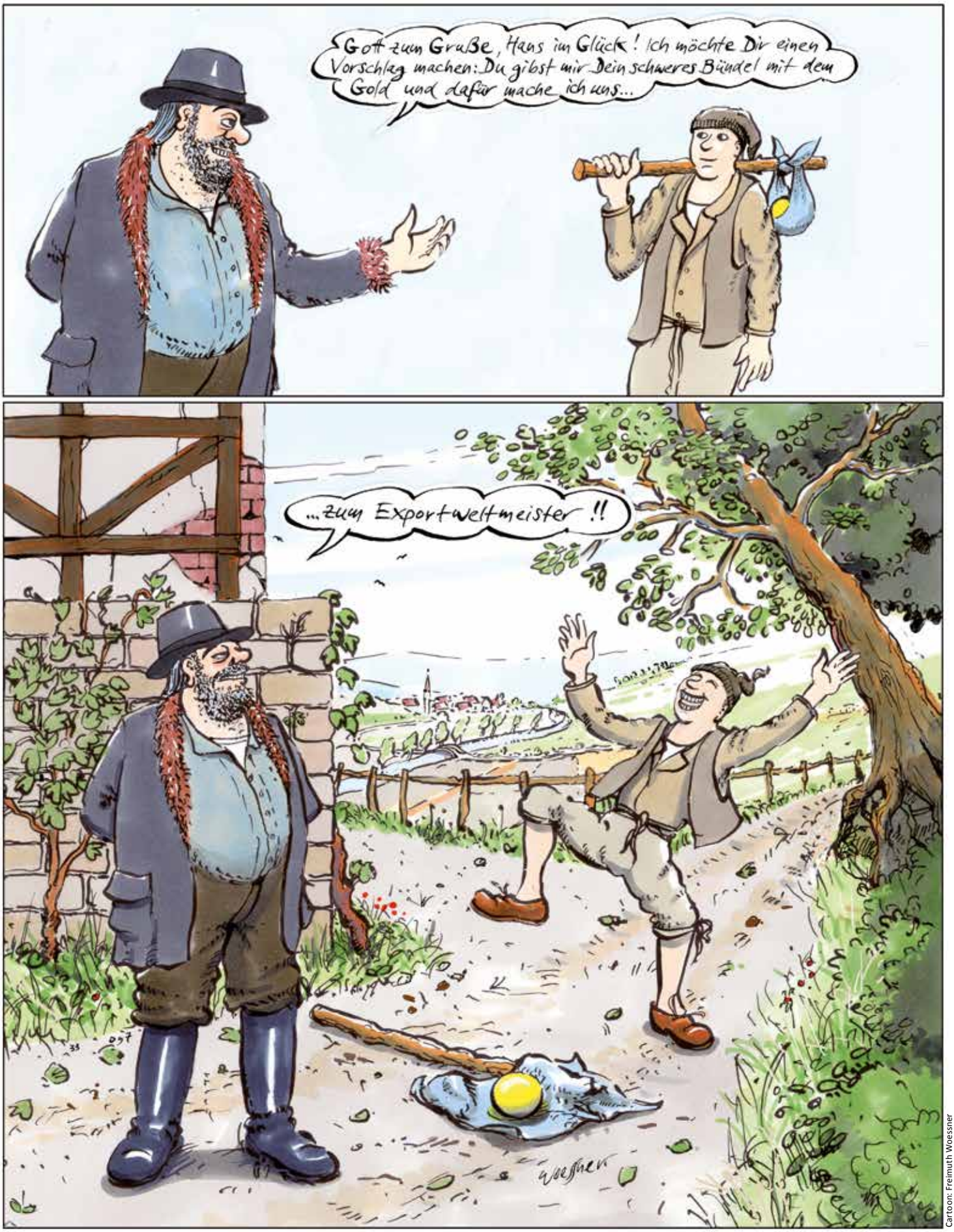
**Bär:** Je früher interveniert wird, desto besser. Das Zauberwort heißt transparente und wertschätzende Kommunikation. Leider stelle ich im Gespräch mit Personalräten immer wieder fest, dass der Fachkräftemangel und die zunehmende Überlastung an den Schulen dazu führen, dass der Ton rauer wird, anstatt genau hinzuschauen, wenn es Kolleginnen oder Kollegen nicht gut geht.

**E&W:** Wie werden Lehrkräfte geschützt, wenn sie nicht von Kolleginnen und Kollegen, sondern von Schülerinnen und Schülern gemobbt werden?

**Bär:** Der Gesamtpersonalrat schaltet sich in der Regel nur dann ein, wenn Lehrkräfte in einem solchen Fall keine Rückendeckung von der Schulleitung bekommen. Wir sind auch im Gespräch mit dem Schulamt beim Thema Cybermobbing, wenn zum Beispiel Videos von Lehrkräften kursieren. Aber es gibt auch die pädagogische Seite, und man muss in jedem Einzelfall fragen: Ist es sinnvoll, die Polizei einzuschalten? Oder kann der Schulpsychologe klären? Häufig lässt sich auch gar nicht zurückverfolgen, wer der Täter oder die Täterin ist. ■

---

Dienstvereinbarung Mobbing zwischen dem Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer und dem Staatlichen Schulamt Frankfurt am Main: **gew.de/ew-11-23**




Cartoon: Freimuth Woessner

# UMVERTEILUNG ZUGUNSTEN DER PROFITE

**PATRICK SCHREINER, KAI EICKER-WOLF**
Politikwissenschaftler

*Neoliberale Mythen über Wirtschaft, Arbeit und Sozialstaat dominieren seit Jahren den politischen und medialen Diskurs. Patrick Schreiner und Kai Eicker-Wolf haben sich in ihrem Buch „Wirtschaftsmärchen“ kritisch mit diesen Narrativen auseinandergesetzt. E&W veröffentlicht in einer vierteiligen Serie ausgewählte Kapitel. Zum Start: „Exportüberschüsse sind das Ergebnis guter Wirtschaftspolitik!“*

Es war einmal ein sozialdemokratischer Kanzlerkandidat, der im Wahlkampf die soziale Gerechtigkeit zu seiner Kernbotschaft erkor. Damit weckte jener Martin Schulz erfolgreich Hoffnungen auf Abkehr der SPD vom Neoliberalismus. Dass er diese Hoffnungen enttäuschen würde, machte er gleichwohl früh klar. Im Mai 2017 legte er in einer wirtschaftspolitischen „Grundsatzrede“ bei der Industrie- und Handelskammer Berlin ein Bekenntnis zur deutschen Exportorientierung ab: „Die Kritik an unseren hohen Handelsbilanzüberschüssen halte ich für falsch. Wir müssen uns nicht dafür schämen, erfolgreich zu sein. Unsere Exporte sind das Ergebnis der guten Arbeit, die hier im Lande geleistet wird. Wir sind erfolgreich und wir werden es bleiben.“

Gerade in Deutschland, das seit Jahrzehnten mehr exportiert, als es importiert, gelten Handelsbilanz- bzw. Exportüberschüsse als Ausweis guter Wirtschaftspolitik. Wieder und wieder feierte das Land seine „Export-Weltmeisterschaften“, fast als ginge es um Fußball.

> *Dauerhafte Exportüberschüsse destabilisieren die Weltwirtschaft und die globalen Handelsbeziehungen.*

Tatsächlich aber gibt es dafür keine überzeugenden Gründe. Wenn ein Land einen Exportüberschuss aufweist, es also mehr Güter und Dienstleistungen exportiert, als es importiert, dann müssen andere Länder zwingend mehr importieren, als sie exportieren. In beiden Fällen spricht man von Außenhandels-Ungleichgewichten. Schließlich ist der Export des einen Landes stets der Import eines anderen. Auf den ersten Blick mögen solche Exportüberschüsse vorteilhaft erscheinen: Die dahinterstehende Beschäftigung ist faktisch ein Export der eigenen Arbeitslosigkeit. Außerdem müssen sich die Importüberschuss-Länder verschulden, um ihren Importüberschuss zu finanzieren – das Exportüberschuss-Land baut ihnen gegenüber entsprechende Forderungen auf. Es wird zum Gläubiger. Diese Verschuldung der Importüberschuss-Länder kann überwiegend privat sein, wie in den 2000er-Jahren in Spanien, oder sie kann größtenteils öffentlich sein,

>>>

>>> wie in Griechenland in den Jahren vor Ausbruch der Eurokrise vor mehr als zehn Jahren.
Bei genauerer Betrachtung erweist sich dieser vermeintliche Vorteil aber als Trugschluss: Dauerhafte Exportüberschüsse (und die daraus resultierende Verschuldung) destabilisieren die Weltwirtschaft und die globalen Handelsbeziehungen. Sie machen die Überschussländer übermäßig stark von der Weltkonjunktur abhängig. Sie befördern Krisen, die in die Vernichtung der Forderungen von Überschussländern gegenüber dem Ausland münden können. Vor allem aber werden Exportüberschüsse im Inland teuer erkauft – durch Lohnverzicht, unzureichende Staatsausgaben, Sozialabbau und mehr soziale Ungleichheit.

*„Die schwache Binnennachfrage beruht auf politischen Maßnahmen, die auf niedrigere Löhne, unsichere Arbeit, Sozialabbau, eine Schwächung der Gewerkschaften und Umverteilung von unten nach oben zielen.“*

Tatsächlich beruhen die deutschen Exportüberschüsse nicht auf „guter“ oder „erfolgreicher“ Arbeit, wie Schulz & Co. behaupten, sondern auf einer unzureichenden Binnennachfrage. Ein Land mit einem starken Wachstum der Binnennachfrage wird im Regelfall auch seine Importe ausweiten. Die Binnennachfrage setzt sich aus drei Komponenten zusammen: Investitionen der Unternehmen, staatlichen Ausgaben und privatem Konsum. Wenn etwa der private Konsum aufgrund einer guten Lohnentwicklung boomt, stärkt dies die Binnennachfrage. Ein guter Teil davon kommt Auslandswaren zugute und erhöht deshalb die Importe.
Deutschland hat allerdings seit den 1990er-Jahren eine extrem schwache Binnennachfrage. Dies gilt für alle drei Komponenten: Der Konsum war gehemmt aufgrund einer schwachen Lohnentwicklung und der Zunahme unsicherer Arbeit, die staatliche Nachfrage aufgrund einer gebremsten Entwicklung der Staatsausgaben und der öffentlichen Investitionen. Auch die Unternehmensinvestitionen entwickelten sich schwach – nicht trotz, sondern wegen einer massiven Umverteilung zugunsten der Profite.
Eine im Verhältnis zum Ausland schwache Lohnentwicklung dämpft dabei nicht nur die Konsumnachfrage und damit die Nachfrage nach importierten Konsumgütern. Sie verbessert vielmehr auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Im Inland produzierte Güter und Dienstleistungen werden im Verhältnis zu denen des Auslands billiger. Dieser Effekt ist besonders ausgeprägt in einer Währungsunion (wie dem Euroraum), in der es keine währungspolitischen Möglichkeiten mehr gibt, dem entgegenzuwirken. Der hohe deutsche Exportüberschuss ist folglich Ergebnis einer Strategie, die auf eine hohe Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten zielt und die zugleich die Binnennachfrage und damit die Nachfrage nach Importen ausbremst.
Eine solche Strategie ist mit sozialer Gerechtigkeit nicht in Einklang zu bringen. Denn sie geht vor allem auf Kosten der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten: Die schwache Binnennachfrage beruht auf politischen Maßnahmen, die auf niedrigere Löhne, unsichere Arbeit, Sozialabbau, eine Schwächung der Gewerkschaften und Umverteilung von unten nach oben zielen. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass Exporte (in begrenztem Umfang) auch mit Qualität und Service zu tun haben können: Mit „guter“ oder „erfolgreicher“ Arbeit oder mit guter Wirtschaftspolitik hat all das nichts zu tun. ■

Kai Eicker-Wolf ist Referent für finanzpolitische Fragen der GEW Hessen, Patrick Schreiner ist Mitarbeiter bei der ver.di-Bundesverwaltung, Abteilung Wirtschaftspolitik. Das Buch der beiden geht in Teilen zurück auf die Kolumne „Märchen des Neoliberalismus“, die die Autoren in den Publikationen Lunapark21 (hier ist dieser Text in einer früheren Fassung zuerst erschienen) und OXI veröffentlichten.
Patrick Schreiner, Kai Eicker-Wolf: Wirtschaftsmärchen. Hundertundeine Legende über Ökonomie, Arbeit und Soziales, PapyRossa-Verlag 2023

DIALOG

3/2023

TITEL: „FREIWILLIGENARBEIT IST DIE GOLDKANTE“ SEITE 23–26 +++ GEW-KOMMENTAR: KEIN NOTNAGEL SEITE 25 +++ LUST AUF ZUKUNFT SEITE 26

# „FREIWILLIGENARBEIT IST DIE GOLDKANTE“

Cartoon: Bettina Bexte

**INTERVIEW: ANJA DILK**
freie Journalistin

*Bei der Versorgung älterer Menschen in Deutschland spielt Freiwilligenarbeit eine wachsende Rolle. Wie kann ein Miteinander von staatlicher Versorgung und Ehrenamt gelingen? Ein Gespräch mit den Alternsforschenden Prof. Hildegard Theobald und Prof. Stefan Sell.*

**Dialog:** Freiwillige engagieren sich in Deutschland in der Versorgung älterer Menschen, in der Pflege. Nutzt der Staat das Ehrenamt als Sparmodell oder ist die Freiwilligenarbeit eine sinnvolle Ergänzung?

**Prof. Hildegard Theobald:** Ich sehe beides. Einerseits unterstützen Ehrenamtliche, oft ältere Frauen, andere. Das hat in Deutschland Tradition, Ehrenamt war immer Teil des Hilfssystems. Andererseits nutzt der Staat seit etwa 20 Jahren das Ehrenamt verstärkt, um Dienstleistungen anzubieten, für die er sonst viel Geld bezahlen müsste – ein Sparmodell. Die „niedrigschwelligen

>>>

>>> Betreuungsangebote“ zum Beispiel wurden damals etabliert, um Demenzerkrankte im Alltag zu unterstützen und Angehörige zu entlasten. Bis heute machen das oft bezahlte Freiwillige. Sie kommen stundenweise nach Hause oder betreuen Gruppen drei, vier Stunden am Tag. Das ist hochproblematisch.

STEFAN SELL IST PROFESSOR FÜR SOZIALPOLITIK AN DER HOCHSCHULE KOBLENZ.

Foto: privat

**Prof. Stefan Sell:** Ja, denn so ein Sparmodell stabilisiert die strukturelle Asymmetrie der Professionen im Sozial- und Bildungsbereich. Freiwilligenarbeit wird schon lange faktisch instrumentalisiert, um Löhne zu drücken und Professionalität auszuhöhlen. Im Zweifelsfall übernimmt die freie Wohlfahrtspflege. Diakonie, Caritas & Co. wurden beauftragt, um Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen zu übernehmen. Das ist für den Staat kostengünstiger, weil diese Einrichtungen auch mit Ehrenamtlichen arbeiten.

**Theobald:** Hinzu kommt: Heute sind mehr Frauen erwerbstätig, sie stehen nicht mehr so umfassend zur Verfügung für die Pflege ihrer Eltern wie früher. Also sollen Nachbarschaften und fitte Ältere den Wohlfahrtsstaat unterstützen. So zieht das Konzept der „Sorgenden Gemeinschaft“ die Nachbarschaften heran. In den Kommunen werden lokale Gemeinschaften aufgebaut, die sich mit um die älteren Mitglieder kümmern sollen. Das schafft Zusammenhalt, hilft gegen Einsamkeit. Aber oft geht es zu weit, weil professionelle Aufgaben in freiwillige Hände gelegt werden.

**Dialog:** Kommt unser System zunehmend in Schieflage, Herr Sell?

**Sell:** Dafür gibt es Anhaltspunkte. Nehmen wir die Entwicklung der Lebensmittel-Tafeln. Sie wurden Anfang der 1990er-Jahre aus der Umweltbewegung heraus gegründet, um Lebensmittelverschwendung zu bekämpfen. Schleichend wurde daraus eine neue Form der Armenversorgung. Heute ist sie de facto ein zentraler Baustein, um existenziellen Bedarf zu decken. Aber es gibt dafür keine sozialstaatliche Garantie. Man muss Glück haben, dass eine Ausgabestelle um die Ecke ist. Sogar die Jobcenter schicken die Leute zur Tafel, das ist eine übergriffige Funktionalisierung. Es stürzt auch die Ehrenamtlichen in Dilemmata, sie sollen plötzlich die Grundversorgung der Bedürftigen übernehmen, darunter zunehmend ältere Menschen ...

**Dialog:** … die Nachfrage ist stetig gestiegen …

**Sell:** … ja, aber die Tafeln bekommen gleichzeitig nicht mehr genug Lebensmittel von den Discountern, auch weil deren Mengenplanung immer besser wird. Gefährlich wird es, wenn der Staat den Tafeln Zuschüsse zahlt. Da entstehen für die öffentliche Hand überaus billige, aber überforderte Versorgungsmodelle. Zu Recht lehnen einige Tafeln ab, sie wollen sich nicht kaufen lassen. Denn dann kann der Staat immer sagen: Wir fördern euch doch, jetzt müsst ihr liefern. Andere Tafeln sagen: Wir müssen zugreifen, sonst können wir unsere Arbeit nicht mehr stemmen – und geben ihren Wesenskern auf. Dabei sind die Tafeln super, wenn man sie als zusätzliche Leistung bewahren würde.

**Dialog:** Schauen wir ins Ausland: Frau Theobald, Sie haben sich das schwedische System angesehen. Was macht das Land anders als die Bundesrepublik?

**Theobald:** Der große Unterschied ist: In Deutschland war Ehrenamt schon immer Teil der Wohlfahrtspflege, in

HILDEGARD THEOBALD IST PROFESSORIN FÜR ORGANISATIONELLE GERONTOLOGIE AN DER UNIVERSITÄT VECHTA.

Foto: Universität Vechta

Fortsetzung auf Seite 25 >>>

>>> Fortsetzung von Seite 24

Schweden ist der Staat für die Versorgung Älterer verantwortlich. In jüngerer Zeit wird zwar auch Freiwilligenarbeit stärker einbezogen. Aber die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die dafür zuständig sind, arbeiten sehr unabhängig und bestimmen selbst, was sie machen – und was nicht. Sie sagen, die Grundversorgung geht uns nichts an, wir setzen die Goldkante drauf: Jemanden besuchen, soziale Aktivitäten organisieren, für Wohlbefinden sorgen. Einige Aufgaben wurden staatlich subventionierten privaten Firmen übergeben, die beispielsweise Haushaltsdienstleistungen anbieten. Hinter dem schwedischen Modell steht die Idee, sich gegenseitig zu helfen. Es soll keine Hierarchie zwischen bedürftigen Älteren und Freiwilligen entstehen. Die jüngeren Alten helfen den Älteren und wenn sie selbst mal alt sind, rücken die nächsten nach.

**Dialog:** Was können wir von Schweden lernen?

**Theobald:** Wie wichtig staatliche Verantwortung ist, Freiwilligenarbeit ein Zusatzangebot sein muss und wir die Arbeit auf viele Schultern verteilen sollten. Wenn Dienste mehr übernehmen als bei uns, reduziert sich der Aufwand für die Versorgung durch Familie und Freunde. Fünf Stunden Versorgung pro Tag kann kein voll Erwerbstätiger schaffen – ein, zwei Stunden aber schon. In Skandinavien machen daher viel mehr Männer bei der Versorgung Älterer mit. Das reduziert die Belastung und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.

**Sell:** Dennoch wird es extrem schwierig, die Versorgung Älterer gewuppt zu bekommen, weil unsere Gesellschaften dramatisch überaltern. So viele Fachkräfte haben wir einfach nicht. Daher müssen wir auf einen Mix setzen: professionelle Versorgung stabilisieren, ausbauen und vor >>>

Foto: Alice End

FRAUKE GÜTZKOW

GEW-Vorstandsmitglied,
verantwortlich für Seniorinnen- und Seniorenpolitik

KOMMENTAR

# KEIN NOTNAGEL

*Ehrenamtliches Engagement darf nicht Lückenbüßer für eine schlechte staatliche Versorgung sein.*

In Schweden ist die Grundversorgung Staatsaufgabe, die Freiwilligen sorgen darüber hinaus für mehr Wohlbefinden der älteren Menschen. Unabhängig, selbstorganisiert, ohne finanzielle oder organisatorische Verstrickung in das staatliche Hilfssystem. In Schweden ist klar: Ehrenamtliches Engagement darf kein Notnagel für Lücken in der staatlichen Versorgung sein. Hierzulande sollte das ebenso selbstverständlich sein. Zu Recht setzt sich der Bundessenior*innenausschuss (BSA) seit Jahren für eine kritische Debatte des Ehrenamtes ein. Freiwilligenarbeit ist ungeheuer wertvoll für die Gesellschaft, aber sie muss klug umgesetzt werden. Auf Initiative des BSA hat die GEW Standards für ehrenamtliche Arbeit festgelegt*, die deutlich machen, dass Freiwillige auch Rechte haben gegenüber den Organisationen, in denen sie mit anpacken. Das Recht auf eine gute Einarbeitung, auf Weiterbildung, auf Mitsprache etwa. Sie entscheiden selbst, wie und wieviel sie sich engagieren wollen. Dann ist ehrenamtliche Arbeit ein Weg zu mehr Lebensqualität für die, die betreut werden, und für die, die sich für andere engagieren. Als Gewerkschaft ist es unsere Aufgabe, den richtigen Rahmen dafür zu setzen und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung im Blick zu haben. Damit ehrenamtliches Engagement nicht schleichend ein Modell stabilisiert, das die professionelle, staatliche Grundversorgung älterer Menschen aushöhlt – auf Kosten aller.

*Siehe Beschluss des GEW-Gewerkschaftstages 2017 zum Thema Freiwilligenengagement: **gew.de/ew-11-23**

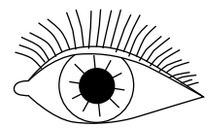
>>> Deprofessionialisierung schützen; Freiwilligenarbeit stärker aktivieren, wenn familiäre Unterstützung fehlt; die Älteren zur Selbsthilfe ermutigen und unterstützen, sich selbst zu organisieren. In Wohngemeinschaften etwa. Wir brauchen eine Kommunalisierung der Altenhilfe. Nur vor Ort lassen sich tragfähige Lösungen finden.
**Theobald:** Ja, mehr gemeinschaftliche Versorgungsformen sind wichtig, sie müssen Teil des staatlichen Regelangebots sein. Eine 24-Stunden-Betreuung Pflegebedürftiger ist auf Dauer in großem Stil gar nicht machbar. Dafür braucht man zwei, drei Betreuungskräfte pro Person. Wenn aber beispielsweise sechs Menschen zusammenwohnen, reicht eine Betreuung für die Nacht.
**Sell:** Ich sehe dazu auch keine Alternative. Woher sollen die Betreuungskräfte kommen? In Osteuropa haben die ja selbst keine Leute mehr. Wir müssen unbedingt verhindern, dass es nun wieder zu Wildwuchs und Ausbeutung kommt wie bei der 24-Stunden-Betreuung.

**Dialog:** Wie kann das konkret aussehen?

**Sell:** Die Kommunen fühlen sich jetzt schon durch eine Flut an Aufgaben überfordert. Sie brauchen einen gesetzlichen Auftrag. Ohne den machen wir nichts, sagen mir Landräte oft. Diesen Auftrag müssen Bund und Länder geben. Vorschläge hat der 7. Altenbericht schon 2016 gemacht. Altenhilfe als Pflichtaufgabe im Sozialgesetzbuch XII festschreiben etwa und ein kommunales Basisbudget für gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit festlegen. Das wäre ein Anfang.
**Theobald:** Wir müssten auch stärker in den Markt eingreifen. Laut Pflegeversicherung soll die grundlegende pflegerische Versorgung durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden und nicht durch eine Sozialplanung der Kommunen. Anbieter können daher in einer Gemeinde so viele Pflegeheime bauen, wie sie wollen. Die Kommune darf das nicht verbieten. Eine kommunale Gestaltung der Infrastruktur ist so kaum möglich. ■

**Impressum Dialog**
Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main, Tel. 069 78973-0
Vorsitzende: Maike Finnern
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk
Redakteurin/Redakteur: Frauke Gützkow, Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel

# LUST AUF ZUKUNFT – WAS ICH NEU ENTDECKT HABE



*Marliese Seiler-Beck, 75, Realschullehrerin, Berlin-Neukölln, seit 2014 im Ruhestand*

Ich war immer gerne Lehrerin und habe gegen die Vorurteile gegenüber meinen Schülerinnen und Schülern aus Neukölln gekämpft. 85 Prozent der Jugendlichen in meiner letzten Klasse lebten von Transferleistungen und doch haben alle die Schule mit einem Abschluss verlassen. Man muss ihnen nur etwas zutrauen und sie unterstützen. In der GEW bin ich für die Einführung der Gemeinschaftsschule eingetreten, auch noch die ersten sechs Jahre im Ruhestand. Seit 2020 bin ich raus, ich war einfach nicht mehr nah genug dran.
Erstaunlich war das schon im Ruhestand: Keine Sekunde habe ich mein Lehrerinnendasein vermisst. Aber den Alltag selbst zu gestalten, musste ich richtig üben. Zwei Jahre hat es gedauert, bis der Druck weg war. Bis heute habe ich manchmal ein schlechtes Gewissen, weil ich um 7 Uhr aufstehe – statt um 5.30 Uhr. Einige Jahre lang habe ich zwei Schülerinnen beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützt und mit einer afghanischen jungen Frau bis zum Abschluss der Ausbildung gelernt.
Lust auf Zukunft? Und wie. Lesen, mehr Radfahren, mal nach Großbritannien, Skandinavien oder New York reisen. Die Zeit mit meinem acht Monate alten Enkel genießen. Aber erstmal macht mir die Gegenwart Freude. Wie heute Morgen, als ich aus meinem Fenster in den Park geschaut habe; die Sonne glitzerte in den unglaublich bunten Blättern eines Baumes auf der Wiese. Dann freue ich mich einfach. Ich genieße es, nichts vorhaben zu müssen. Menschenfreie Tage ab und an sind herrlich. Dann ist wieder viel los: Feldenkrais-Seminare und Fitnessstudio, Doppelkopf- und Literaturgruppe. Und endlich, endlich spiele ich wieder Klavier. Musik hat mir so sehr gefehlt in meinem Berufsleben, nie war Zeit dafür. Ich liebe es, Musik zu hören, die Augen zu schließen – schon bin ich in einer anderen Welt.“ ■

Foto: Christian von Polentz/transit

# GEW UND CAMPACT ÜBERGEBEN KMK WEIT ÜBER 140.000 UNTERSCHRIFTEN

**ULF RÖDDE**
Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

*GEW und Campact haben weit über 140.000 Petitionsunterschriften für das 15-Punkte-Programm der Bildungsgewerkschaft gegen den Lehrkräftemangel gesammelt und der Kultusministerkonferenz (KMK) übergeben.*

Mitte Oktober nahm KMK-Präsidentin Katharina Günther-Wünsch (CDU) die Petition entgegen. „Der Lehrkräftemangel ist in ganz Deutschland dramatisch. Zehntausende Stellen sind gar nicht oder mit nicht vollständig ausgebildeten Lehrkräften besetzt“, sagte die GEW-Vorsitzende Maike Finnern während der Unterschriftenübergabe im Rahmen der 383. Kultusministerkonferenz in Berlin. „Die Mangelsituation bringt die Pädagoginnen und Pädagogen zunehmend ans Limit. Jetzt müssen schnell wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um den Teufelskreis aus Belastung wegen des Lehrkräftemangels und des Lehrkräftemangels aus Überlastung zu durchbrechen. Wir bieten der KMK und den Kultusministerien der Länder Gespräche auf der Grundlage unseres 15-Punkte-Programms an.“

## Die Folgen des Lehrkräftemangels sind nicht zu übersehen.

Der Fach- und Lehrkräftemangel an den Schulen sei die größte Herausforderung, die Bund und Länder aktuell bewältigen müssen. „Die Folgen sind schon jetzt fatal: Die jüngsten Studien belegen, dass die Leistungen der Schülerinnen und Schüler insgesamt schlechter werden. Gleichzeitig geht die Leistungsschere zwischen Kindern und Jugendlichen, die Unterstützung aus dem Elternhaus bekommen können, und denen, die auf die Hilfestellung in den Schulen ganz besonders angewiesen sind, immer weiter auseinander“, betonte Finnern.
Sie warnte davor, dass „zentrale bildungs- und gesellschaftspolitische Projekte wie der Ganztag an Grundschulen zu scheitern drohen, weil das Personal fehlt, um qualitativ hochwertige Angebote zu machen. Ebenso steht die Weiterentwicklung der Inklusion auf der Kippe. Für ein so reiches Land wie die Bundesrepublik ist es ein Armutszeugnis, dass es nicht in der Lage ist, allen jungen Menschen gute Bildungs-, Berufs- und Lebenschancen zu eröffnen“. ■

GEW-Infos rund um das Thema Lehrkräftemangel: **gew.de/ew-11-23**

# EINSEITIG UND UNWISSENSCHAFTLICH

Foto: Fritz Stockmeier

REINHOLD HEDTKE,
SOZIOLOGE UND PROFESSOR (EM.) FÜR DIDAKTIK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN
UND WIRTSCHAFTSSOZIOLOGIE AN DER UNIVERSITÄT BIELEFELD

**INTERVIEW: MATTHIAS HOLLAND-LETZ**
freier Journalist

*Zahlreiche Befragungen und Studien liefern angeblich Argumente dafür, dass ein eigenständiges Fach Wirtschaft an Schulen notwendig sei. Soziologen der Uni Bielefeld haben 31 dieser Studien untersucht – und üben Kritik. Interview mit Prof. (em.) Reinhold Hedtke.*

**E&W:** Herr Hedtke, wie sind Sie auf die Idee gekommen, Studien aus Deutschland und Österreich zum Wirtschafts- und Finanzwissen junger Leute und Erwachsener zu durchleuchten?

**Prof. Reinhold Hedtke:** Wir hören und lesen seit Jahren, dass Kinder und junge Erwachsene zu wenig über Wirtschaft und Finanzen wüssten. Wir haben uns gefragt, woher kommt dieser Eindruck in der Öffentlichkeit? Also haben wir in einer Pressedatenbank recherchiert: Welche Studien werden in den Medien zitiert und prägen das öffentliche Bewusstsein? Bei unserer Suche haben wir 31 Studien gefunden.

**E&W:** Wer hat diese Studien in Auftrag gegeben?

**Hedtke:** 27 Untersuchungen wurden von Akteuren der Finanzbranche initiiert und veröffentlicht. Dazu gehören der Bundesverband Deutscher Banken, der Versicherungskonzern Allianz, österreichische Wirtschaftsverbände, auch einzelne Banken wie ING oder comdirect. Die anderen vier Studien stammen von Unternehmen oder Stiftungen außerhalb der Finanzbranche.

**E&W:** Sie kritisieren, dass die Studien zumeist wissenschaftlichen Kriterien nicht genügen. Warum?

**Hedtke:** Fast alle Untersuchungen kommen zu dem Schluss, das Finanz- und Wirtschaftswissen der Befragten sei schlecht oder defizitär. Doch sie legen keinen Vergleichsmaßstab an, mit dem man sagen könnte, welches Wissen gut genug ist und wozu man es braucht. Zweitens fehlt den Studien die nötige Offenheit. Sie stellen geschlossene Fragen wie: Sollte ein eigenes Schulfach

Wirtschaft eingeführt werden? Keine Studie erlaubt den Befragten zu sagen, welche neuen Schulfächer sie gerne hätten – und welche sie dafür opfern würden. Drittens ist völlig unklar, was die Befragten unter Wirtschafts- oder Finanzbildung verstehen. So bleibt das eine Leerformel, hinter der sich ganz unterschiedliche Ziele und Inhalte verbergen.

**E&W:** Sie haben untersucht, welche „Items" – also Fragen und Testaufgaben – die Studien aufgreifen und welche nicht. Was haben Sie entdeckt?

**Hedtke:** Ganz überwiegend wird der Bereich Geld, Finanzen und Kredit abgefragt. Im Mittelpunkt steht das Wissen der Individuen aus Sicht der Anbieter. Items zur Interessenvertretung der Käuferinnen und Käufer kommen nicht vor – etwa Verbraucherzentralen, Versicherungs- oder Bankenombudsmann. Es fehlt auch ein umfassenderer Blick auf die Finanzbranche – und deren Verbindungen mit der Politik. Die Macht der Finanzindustrie und das Problem ihrer politischen Regulierung werden nicht erwähnt.

**E&W:** Warum haben sich die Auftraggeber der Studien auf diese „Items" beschränkt?

**Hedtke:** Ich denke, dass das die Interessen der Banken, Versicherungen und Fondsgesellschaften spiegelt. Junge Menschen sollen über deren Angebote so informiert werden, dass sie diese Produkte später kaufen. Das erweitert die Märkte für Finanzdienstleistungen.

**E&W:** Inwiefern wollen die Untersuchungen diesen Ansatz nach Ihren Beobachtungen auch an Schulen verwirklicht sehen?

**Hedtke:** Fast alle Studien präsentieren große Zustimmung für mehr Finanzwissen und ein separates Fach Wirtschaft. Das voranzutreiben, scheint ein wichtiges Motiv zu sein. Auch deshalb fragen sie nicht, ob andere neue Fächer gewünscht werden. Die Abtrennung der Wirtschaft von Gesellschaft und Politik fördert die Entpolitisierung des Themenkomplexes Finanzindustrie im Unterricht. ■

Studie „Wirtschafts- und Finanzwissen": gew.de/ew-11-23

Sonneneck
Fachklinik Badenweiler

Fachgerechte Behandlung in wertschätzender Atmosphäre

Wir helfen Ihnen bei:

- Depressionen und Lebenskrisen
- Erschöpfungszuständen/Burnout
- Angst- und Zwangsstörungen
- Schmerzstörungen/somatoforme Störungen
- Anpassungsstörungen
- Traumafolgestörungen

+49 (0)7632 - 752 412

**Psychosomatische Fachklinik Sonneneck** Geschäftsführung: Axel Hein • Chefarzt: Michael Conens
Akutklinik für Psychosomatik, Psychiatrie und anthroposophisch erweiterte Medizin
Wilhelmstraße 6 • 79410 Badenweiler • **gesund@sonneneck-fachklinik.de** • www.sonneneck-fachklinik.de
Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte und Selbstzahler sowie ggf. gesetzlich Versicherte mit Zuzahlung

Foto: Shutterstock/GEW

# MEHR ALS DISTANZIERT

**JEANNETTE GODDAR**
freie Journalistin

*Die aktuelle Mitte-Studie bringt erschreckende Erkenntnisse: 8 Prozent der Menschen in Deutschland haben demnach ein manifestes rechtsextremes Weltbild, fast ebenso viele wünschen sich einen „starken Führer“.*

Die alle zwei Jahre im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) erstellte Mitte-Studie enthält viel Erschreckendes über die „distanzierte Mitte“, so der Titel der Untersuchung. Der Anstieg der Zahl der Menschen mit „manifest rechtsextremem Weltbild“ ist die beunruhigendste Erkenntnis: Auf 8 Prozent ist ihr Anteil in den zurückliegenden Jahren hochgeschnellt – in den Vorgängerstudien lag der Anteil bei 2 bis 3 Prozent. Im Grau-

bereich befinden sich rund 20 Prozent der Befragten; etwa 70 Prozent lehnen rechtsextreme Einstellungen klar ab. Rund 6 Prozent in Deutschland unterscheiden zwischen „wertem“ und „unwertem“ Leben, ebenso viele befürworten eine Diktatur mit einer einzigen Partei und wünschen sich einen „starken Führer“. Erhoben wurden die Daten von einem Team um den Bielefelder Sozialpsychologen Prof. Andreas Zick Anfang 2023 in einer repräsentativen Umfrage.
In der Gruppe der 18- bis 34-Jährigen haben sogar 12,3 Prozent ein rechtsextremes Weltbild. Im Verhältnis zu den Älteren sind bei den Jüngeren die Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus und Sozialdarwinismus sowie die Befürwortung einer Diktatur besonders stark ausgeprägt. Der „drastische Anstieg“ in der jüngsten Befragtengruppe erschrecke sie am meisten, erklärt die Mitautorin der Studie, die Sozialpsychologin Prof. Beate Küpper; in den Vorjahren seien eher die Älteren bei dieser Antwort überrepräsentiert gewesen: „Was ist da in den zurückliegenden Jahren passiert?“

## Covid-19-Pandemie als Extremismus-Beschleuniger?

Eine mögliche Antwort auf diese Frage, so Küpper, sei die Covid-19-Pandemie. Laut der Wissenschaftlerin stiegen während der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen zwar Solidarität und Rücksichtnahme messbar an. Doch der Rückzug aus dem öffentlichen Raum sorgte offenbar auch für ein Abgleiten in Verschwörungsmythen, denen mit 38 Prozent mehr als jede und jeder Dritte anhängt. Diese Menschen glauben, Politiker seien „Marionetten“ (38 Prozent) und die Regierung betrüge das Volk (32 Prozent). Das ist ein Anstieg um rund ein Drittel im Vergleich zu 2021. Gleichgeblieben ist, dass antidemokratische Einstellungen in den ostdeutschen Ländern verbreiteter sind als im Westen.
Eine neue Erkenntnis, die teils ebenfalls Pandemie-verknüpft sein könnte: Wer sich einsam und isoliert fühlt, neigt eher zu menschenfeindlichen und antidemokratischen Einstellungen – und hat weniger Vertrauen in die Demokratie. Die Zustimmung zu letzterer ist auf einem historischen Tiefpunkt: Nur noch 57 Prozent der Menschen sind davon überzeugt, dass die Demokratie „im Großen und Ganzen ganz gut“ funktioniere (s. E&W-Schwerpunkt „Demokratiebildung“, Ausgabe 9/2023). 20 Prozent teilen die Aussage, Deutschland gleiche „mehr einer Diktatur als einer Demokratie“. 21 Prozent halten den Klimaschutz für „Ökoterrorismus gegen die eigene Bevölkerung“.

## Neoliberaler Leistungsethos, Unsicherheit und Kontrollverlust

Eine weitere Erkenntnis: Viele Menschen identifizieren sich mit neoliberalen Ideen der Leistungsbereitschaft und Erfolgsorientierung – und erleben zugleich Unsicherheit und Kontrollverlust. „Entsicherte Marktförmigkeit“ nennen die Sozialforscherinnen und -forscher diesen Zustand. Sie stellen fest: Wer eine marktförmige Orientierung teilt und ein Gefühl der Entsicherung erlebt, neigt besonders zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextremen Einstellungen.
Die Autorinnen und Autoren der Studie fordern daher mehr politische Bildung und eine Demokratisierung von Schule, Arbeit und Ausbildung. Sie weisen zudem auf die Schattenseiten der „neoliberalen Leistungsgesellschaft“ hin: Diese fördere unter jenen, die ihr nicht entsprechen, „Hass und Demokratiedistanz“. Das „Infragestellen dieser Strukturen“ sei notwendig, wenn die sozial-ökologische Transformation gelingen soll. ■

Die Mitte-Studie finden Sie hier: **gew.de/ew-11-23**

Die Mitte-Studien geben Auskunft über die Verbreitung, Entwicklung und Hintergründe rechtsextremer, menschenfeindlicher und antidemokratischer Einstellungen in Deutschland. Für die aktuelle Studie wurden im Januar und Februar 2023 über 2.000 Menschen im Alter von 18 bis 94 Jahren befragt, je zur Hälfte an Mobil- und Festnetztelefonen. Durchgeführt wird die Studie vom Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG); Leiter ist der Sozialpsychologe Prof. Andreas Zick. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) gibt seit 2006 etwa alle zwei Jahre eine neue Mitte-Studie heraus.

# „PRÄVENTION WIRKT“

Foto: Universität Bielefeld

PROF. ANDREAS ZICK
IST DIREKTOR DES INSTITUTS FÜR INTERDISZIPLINÄRE KONFLIKT- UND GEWALTFORSCHUNG (IKG) AN DER UNIVERSITÄT BIELEFELD.

**INTERVIEW: JEANNETTE GODDAR**
freie Journalistin

*In der aktuellen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) fällt der drastische Anstieg rechtsextremer Einstellungen bei Jüngeren besonders auf. Eine Herausforderung vor allem für die politische Bildung. Fragen an den Studienleiter Prof. Andreas Zick.*

**E&W:** Laut Mitte-Studie stimmen die 18- bis 34-Jährigen häufiger rechtsextremen Positionen zu als alle anderen Alterskohorten. Welche Fragen stellt das an Bildungsverantwortliche?

**Prof. Andreas Zick:** Zahllose! Was mich am meisten beschäftigt: Wir messen seit 21 Jahren, dass Menschen mit weniger formaler Bildung stärker zu Menschenfeindlichkeit und Rassismus neigen als höher Gebildete. Wie sieht also eine politische, reflexive Bildung in Schulformen aus, die über die 10. Klasse nicht hinausgehen? Ich höre dazu keine Debatte. Stattdessen scheint Konsens zu sein, Bildungsschwächere für dumm zu erklären. Damit wird nicht nur ein strukturelles Bildungsdefizit ignoriert. Das ist undemokratisch. Demokratie zeichnet sich durch Teilhabe für alle Menschen aus.

**E&W:** Stattdessen steht die politische Bildung – von der Bundeszentrale für politische Bildung bis zu an Schulen tätigen Demokratieprojekten – vermutlich vor drastischen Einschnitten.

**Zick:** Das ist fatal. Ein Blick in die internationale Konfliktforschung zeigt: Länder, die weniger in soziale Unterstützung und Bildung investieren, bekommen in und nach Krisenzeiten größere Probleme als jene, die mehr investieren – auch was das Abgleiten in Populismus angeht. Frankreich ist ein Negativbeispiel mit massiven regionalen Unterschieden; ein positives sind die Niederlande. Das gilt übrigens mit Blick auf Bildungsausgaben generell – aber auch für Demokratiebildung.

**E&W:** In Deutschland gibt es mit „Demokratie Leben“ seit bald zehn Jahren ein Bundesprogramm, das so gut ausgestattet ist wie keines zuvor. Das muss doch inzwischen Wirkung zeigen.

**Zick:** Die Evaluationen zeigen: Es wirkt. Wenn in Prävention investiert wird, ist die Bindung an Demokratie stärker. Doch die gesellschaftlichen Herausforderungen sind immens; die schlichte Formel „Mehr Geld, mehr Demokratie“ wäre ein Fehlschluss. Zudem übernehmen viele zivilgesellschaftliche Projekte über die Bildungsarbeit hinaus soziale, familiäre und zahllose weitere Aufgaben, die sonst ebenfalls zu kurz kämen. Insbesondere in ländlichen Räumen sind sie oft allein auf weiter Flur und weitgehend sich selbst überlassen. Und wie in

anderen Bildungsbereichen gilt: Angesichts von Inflation, Digitalisierung etc. brauchen die Projekte mehr, nicht weniger Geld.

**E&W:** In der Mitte-Studie fordern Sie eine „Demokratisierung von Schule, Arbeit, Ausbildung“. Was ist darunter zu verstehen?

**Zick:** Das sind drei zentrale Sozialisations-Instanzen: Hier wird eine Bindung an die demokratische Gemeinschaft geschaffen – oder eben nicht. Damit diese gelingt, muss dort Demokratie praktiziert und eingeübt werden.

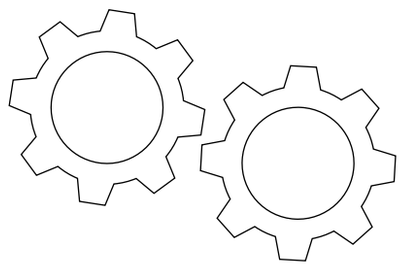
**E&W:** Schulen sind keine demokratischen Orte?

**Zick:** Was ihre Werte, Normen, Inhalte angeht, schon. Blickt man auf die autoritären Erziehungsideale der AfD, kann man das angesichts der jüngsten Wahlergebnisse schon als gute Nachricht betrachten. Doch im Hinblick auf Entscheidungsstrukturen scheinen mir demokratische Grundwerte oft im Hintertreffen. Das ist ein Problem: Demokratiebildung ist nicht Lernen über Demokratie, sondern das Erleben der Selbstwirksamkeit in demokratischen Räumen. Das bedeutet nicht, dass sich nicht auch der viel zu geringe Anteil politischer Bildung in den Curricula negativ auswirkt. Doch auch die „Normalbildung“ muss mal aussetzen können, wenn Demokratie angegriffen oder gefährdet ist. Krieg, Pandemie – diese Ereignisse beschäftigen die Schülerinnen und Schüler. Es braucht Raum und Zeit in der Schule, um über diese Themen zu sprechen.

**E&W:** Viele Lehrkräfte sind stark gefordert, wenn gesellschaftliche Konflikte in ihrem Unterricht ausgetragen werden.

**Zick:** Ja, Schulen brauchen viel mehr Unterstützung. Ein wichtiger Aspekt ist, dass Bildungseinrichtungen auf all den Populismus und Extremismus, der bei ihnen ankommt – auch unter dem Lehr- und Verwaltungspersonal übrigens – nicht richtig vorbereitet sind. An unserem Institut bauen wir deswegen eine Konflikt-Akademie auf, die unter anderem Schulen gezielt in Konfliktmanagement stärken will. In wenigen Monaten soll es losgehen. ■

# DIE VERZAHNUNG FEHLT

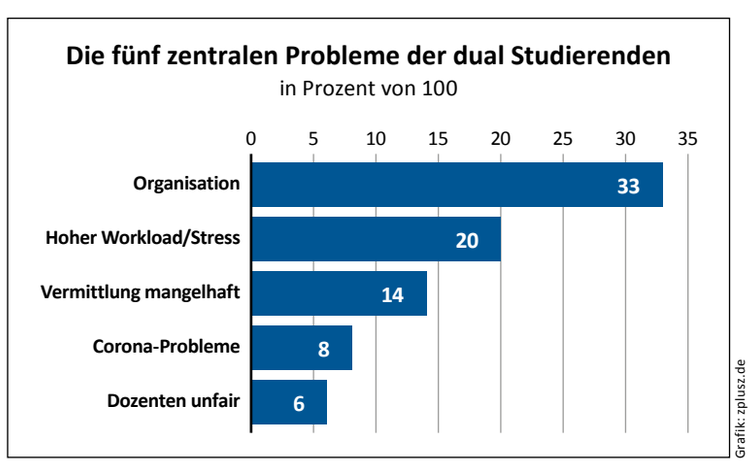


**KLAUS HEIMANN**
freier Journalist

*Die berufliche Ausbildung steckt in einer heftigen Krise: Der Nachwuchs bleibt aus. Jugendliche wählen lieber andere Bildungswege. Es gibt allerdings eine Ausnahme, die sich gegen den negativen Trend behauptet: das duale Studium. Doch auch in diesem Bereich gibt es Probleme.*

Das duale Studium soll die Inhalte für die Lernenden an einer Hochschule oder Berufsakademie mit einer dualen Berufsausbildung oder bei längeren Praxisphasen in einem Unternehmen verknüpfen. Die enge Verzahnung von Hochschule und Praxis gilt als das „Alleinstellungsmerkmal“ der dualen Studien- und Ausbildungsgänge. Der Reiz für die dual Studierenden liegt in der Kombination aus theoretischer Hochschulausbildung und praktischem Lernen im Betrieb. Aber schaffen es die dualen Studiengänge, diese Erwartungen zu erfüllen? Die DGB-Jugend wollte es genau wissen: Für ihren Report zum dualen Studium hat sie deshalb das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Uni Essen-Duisburg beauftragt, nachzufragen. 3.516 der insgesamt rund 120.000 dual Studierenden aus dem gesamten Bundesgebiet standen Rede und Antwort.

Die Lernenden beklagen vor allem einen Punkt: Das duale Studium wird seinem Anspruch, akademische und berufliche Ausbildung zu verbinden, nicht gerecht. „Wenn ganze 75 Prozent der Befragten die schlechte Verzahnung von Theorie und Praxis bemängeln, ist das ein eindeutiger Handlungsauftrag an den Gesetzgeber“, sagt Elke Hannack, Vize-Vorsitzende des DGB. 71 Prozent der Befragten gaben sogar an, dass sie noch nicht einmal eine Abstimmung zwischen Hochschule und Betrieb wahrnehmen. Die Antwort eines der Befragten ist beispielhaft für das Problem: „Mein Arbeitgeber hat an einer Verzahnung zwischen Uni und Praxis kein Interesse, da er eher an der Erledigung meines Arbeitspensums interessiert ist.“




Quelle: DGB-Jugend – Qualitätsreport duales Studium

Doch es gibt auch positive Beispiele: „Die Verzahnung zwischen Betrieb und Hochschule klappt meiner Meinung nach relativ gut, und die Module aus der Uni und die Praxiserfahrungen ergänzen sich. Wir haben alles, was wir gelesen haben, auch praktisch umgesetzt“, schreibt ein anderer Lernender.

Voraussetzung für eine funktionierende Verknüpfung von Theorie und Praxis ist eine gut funktionierende Kommunikation.

Ein duales Studium kann durchaus funktionieren, wenn Hochschulen und Betriebe gut zusammenarbeiten. Hannack fordert deshalb Vorgaben zum Umfang der Praxisanteile und zur betrieblichen Qualitätssicherung: „Die Hochschulen und Betriebe müssen deutlich mehr tun, um die Lerninhalte aufeinander abzustimmen.“ Sie sollten ihre Pflicht zur Qualitätssicherung ernst nehmen und regelmäßig überprüfen, ob Theorie und Praxis gut aufeinander abgestimmt sind. „Qualität vor Quantität – dieses Motto muss auch für das duale Studium gelten“, so die DGB-Vize.

Voraussetzung für eine gute Verknüpfung zwischen Theorie und Praxis ist eine funktionierende Kommunikation zwischen den verantwortlichen Lehrkräften an der Hochschule und dem Ausbildungspersonal im Betrieb. In der Praxis ist dies aber vielfach nur ein frommer Wunsch: Lediglich ein Drittel der Befragten berichtet, dass es eine Abstimmung gibt, ein gutes Viertel kann dazu keine Aussage machen. Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der Größe der Betriebe: Je größer das Unternehmen, desto häufiger wird die Frage nach der Abstimmung positiv beantwortet.

Oft steht die Organisation des Studiums in der Kritik: Überschneidungen von Lehrveranstaltungen, zu viel Stoff, schlecht geplante Prüfungen und mangelnder Austausch mit den Lehrenden. Die dual Studierenden fühlen sich zu wenig begleitet und kritisieren die Lücken in der Vorbereitung auf die praktischen Ausbildungsteile.

Trotz der Defizite bei den Hochschulen und im Betrieb zeigen frühere Studien des IAQ, dass die Zufriedenheit der dual Studierenden sehr hoch ist (zwischen 86 und 89 Prozent je nach Lernort), obwohl Erwartungen und Erfahrungen nicht unbedingt deckungsgleich sind. ■

# MEMORY MIT LERNSOFTWARE

Foto: HSU/Ulrike Schröder

SIGRID HARTONG
LEITET DAS DTEC.BW PROJEKT „SMASCH – SMARTE SCHULEN“
AN DER HELMUT-SCHMIDT-UNIVERSITÄT/UNIVERSITÄT DER BUNDESWEHR IN HAMBURG.
SIE HAT DORT DEN LEHRSTUHL FÜR SOZIOLOGIE INNE.



**INTERVIEW: NADINE EMMERICH**
freie Journalistin

*Der EdTechReflektor ist ein interaktives PDF, das Lehrkräften bei der Auswahl digitaler Lernmedien helfen soll. E&W sprach mit Prof. Sigrid Hartong von der Initiative Unblack the Box, die das Tool mit dem Leibniz-Institut für Bildungsmedien entwickelt hat.*

**E&W:** Wozu braucht es ein Instrument wie den EdTechReflektor?

**Prof. Sigrid Hartong:** Nach wie vor ist es für Lehrkräfte sehr undurchsichtig, was für eine Pädagogik eigentlich in EdTech-Produkten* steckt. Was bedeutet es zum Beispiel für Lehrkräfte, wenn sie die Leistungen der Schülerinnen und Schüler auf eine bestimmte Weise angezeigt bekommen? Wie sieht das Feedback aus, das Schülerinnen und Schüler von der Technologie erhalten? All das hat ja pädagogische Konsequenzen. Bisher gibt es zwar viele Informationen zum Datenschutz oder zu Nutzungsszenarien, aber das reicht nicht aus.

**E&W:** Wie nutze ich den EdTechReflektor als Lehrerin oder Lehrer?

**Hartong:** Der EdTechReflektor ist ein interaktives PDF mit fünf Frageblöcken auf jeweils einer Seite. Darin kann ich wie in einem Memory-Spiel herumklicken, hinter jeder Box mit einer Antwortoption gibt es eine kurze Erklärung. Die kann ich aufdecken und mich über die weiteren Informationen der Lernsoftware Schritt für Schritt nähern. Ich bekomme so auch eine Idee davon, worauf ich achten sollte. Und ich kann immer sagen: Keine Ahnung, weiß ich nicht. Das ist auch ein Ergebnis, denn es bedeutet: Diese App ist für mich intransparent, ich möchte lieber etwas nutzen, das ich pädagogisch besser nachvollziehen kann. Ich muss den Reflektor zudem nicht von vorn bis hinten durchlaufen, sondern kann auch nur eine oder zwei Seiten nutzen.

**E&W:** Welche Themen greifen die Fragen auf?

**Hartong:** In Frage drei geht es zum Beispiel darum, dass Bildungsmedien oft damit werben, Rückmeldungen an

Schülerinnen und Schüler schneller und personalisierter als in klassisch-analogen Unterrichtsszenarien zu geben. Aber: Mit der Modellierung des Feedbacks vermitteln sie immer auch ein Bild der Lernprozesse, das einen bestimmten Effekt auf Schülerinnen und Schüler hat. Frage vier wiederum thematisiert die auswertende Darstellung der Lernfortschritte für Lehrkräfte und welche pädagogischen Entscheidungen derartige Darstellungen nahelegen.

**E&W:** Was passiert, wenn ich alles durchgeklickt habe?

**Hartong:** Dann habe ich eine differenzierte Einschätzung vorgenommen und weiß über einzelne Aspekte eines Produktes besser Bescheid. Ich habe die gesammelten Informationstexte vor mir, aus denen hervorgeht: Das sind die Risiken, das die Vorteile – und das sind mögliche pädagogische Konsequenzen.

**E&W:** Lässt sich der EdTechReflektor für alle Bildungsmedien nutzen?

**Hartong:** Er ist primär geeignet für Software, die zur Vermittlung der Inhalte eingesetzt wird, etwa für das Lesenlernen, das Rechnen oder das Lernen einer Fremdsprache.

**E&W:** Gibt es schon Feedback von Lehrkräften?

**Hartong:** Wir haben den EdTechReflektor mit einer Handvoll Lehrerinnen und Lehrer getestet. Aber wir brauchen jetzt noch mehr Rückmeldungen, um zu wissen, ob er sinnvoll ist, was wir weiterentwickeln müssen oder welche Probleme bei der Nutzung auftreten. Eine Herausforderung ist, dass das Instrument am Ende nicht sagt: Dieses Produkt ist gut oder schlecht. Denn in jedem Bildungsmedium steckt sowohl pädagogisch Sinnvolles als auch Riskantes. Es hängt immer stark davon ab, wie und wofür ich es einsetze.

**E&W:** Zu welchen Ergebnissen kamen Sie bei den Bildungsmedien, die Sie mit dem Reflektor getestet haben?

**Hartong:** Oft wurde klar, dass Produkte weniger Potenzial hatten als gedacht. Das bedeutet in der Schlussfolgerung aber nicht, dass es den EdTechReflektor nicht braucht, weil vieles auf dem Markt sowieso enttäuschend ist. Das glauben wir nicht. Auch Produkte, die in mancher Hinsicht ihre Versprechen nicht erfüllen, können für andere Einsätze interessant sein. ■

*EdTech ist die Abkürzung für „Educational Technology“ und bezeichnet den Einsatz technologischer Lösungen, etwa digitaler Bildungsmedien, Apps oder Plattformen, die das Lehren und Lernen unterstützen und verbessern sollen.
Infos zum EdTechReflektor: **gew.de/ew-11-23**

# MEHR TUN, UM ALLE KINDER ZU ERREICHEN

**FRANK-WALTER STEINMEIER**
Bundespräsident

*Der Deutsche Schulpreis 2023 ging an die Eichendorffschule in Erlangen. In der Begründung wird unter anderem gelobt, dass die Mittelschule durch ihr pädagogisches Konzept „eine anregende Lernumgebung“ biete, die insbesondere benachteiligten Kindern und Jugendlichen neue Perspektiven eröffne und damit eine Ausnahme im Freistaat darstelle. In Bayern entspricht die Mittelschule der früheren Hauptschule. Die Rede bei der Preisverleihung Mitte Oktober in Berlin hielt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.*

Die „Erziehung und Wissenschaft“ dokumentiert eine gekürzte Fassung seiner Rede: „(…) Der Deutsche Schulpreis rückt Vorbilder ins Licht, aber er soll Probleme nicht in den Schatten stellen. Und seien wir ehrlich: Probleme gibt es an unseren Schulen reichlich viele! Es herrschen Mangel, Ungerechtigkeit und riesige Klassenunterschiede. Wir sind weit, viel zu weit davon entfernt, dass jedes Kind die Unterstützung bekommt, die es braucht.

In unserem Land fehlen Tausende Lehrerinnen und Lehrer; viele Schulleiterstellen sind unbesetzt; es mangelt an Sprachförderkräften, Sozialpädagoginnen, Verwaltungsassistenten. Oft sind ausgerechnet die Schulen am schlechtesten ausgestattet, die am meisten leisten müssen: Schulen in ärmeren Stadtvierteln oder Gemeinden, deren Schüler besonders viel Förderung brauchen, weil sie aus schwierigen Familienverhältnissen kommen oder weil ihre Eltern sie nicht unterstützen können.

Die Folgen sind dramatisch: Jedes fünfte Kind in unserem Land kann am Ende der Grundschule nicht gut lesen, schreiben und rechnen. Zehntausende Jugendliche verlassen die Schule Jahr für Jahr ohne Abschluss. Und besonders viele Kinder, die in der Schule den Anschluss verlieren, stammen aus armen oder bildungsfernen Elternhäusern oder sprechen zu Hause kaum oder gar kein Deutsch.

Seit Jahren schon wissen wir: Ob ein Kind in der Schule Erfolg hat oder nicht, das hängt in unserem Land besonders stark davon ab, wo es herkommt. Unser Schulsystem verfestigt und verschärft zu oft soziale Unterschiede, statt sie auszugleichen. Und obwohl wir das wissen, geraten immer mehr Kinder, die von Haus aus benachteiligt sind, in der Schule ins Hintertreffen – und lernen

nicht das, was sie brauchen, um später im Berufsleben und in der Gesellschaft Fuß zu fassen. (…)
Es ist schon grotesk: Wir alle erleben täglich, dass schon jetzt überall Fachkräfte fehlen; wir wissen, dass wir in den kommenden Jahren noch mehr qualifizierte junge Menschen brauchen, um unser Land weiter zukunftsfest zu machen, den Klimawandel zu stoppen und Hightech- und Industriestandort zu bleiben. Wir beobachten eine Fragmentierung der Gesellschaft, einen Verfall der Debattenkultur, einen Rückgang des Vertrauens in die Demokratie. Viele Lehrerinnen und Lehrer zerreißen sich, ich weiß das. Aber immer noch lassen wir Talente verkümmern und frustrieren junge Menschen, weil wir ihnen keine faire Chance auf einen Aufstieg durch Bildung bieten!
Wie kann das sein? Ich habe den Eindruck, dass die Schuldebatte in unserem Land geradezu ritualisiert ist: Eine Studie erscheint, der öffentliche Aufschrei ist groß, es werden Aufbrüche gefordert, Bildungsgipfel einberufen, Schuldzuweisungen gemacht – nur ändern tut sich wenig, bis dann die nächste Studie kommt und alles wieder von vorn beginnt. In kaum einem anderen Politikfeld ist die Kluft zwischen Wissen und Handeln so groß. Ich glaube: Wir haben kein Erkenntnisproblem, wir haben ein Umsetzungsproblem!

„Jedes Kind in unserem Land soll am Ende der vierten Klasse lesen, schreiben und rechnen können.“

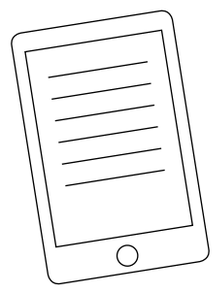
(…) Es ist nicht Aufgabe des Bundespräsidenten, sich in die tagespolitische Debatte einzumischen oder gar Schulpolitik zu betreiben. Aber der Bundespräsident kann und darf nicht neutral sein, wenn es um die Zukunft unseres Landes und unserer Demokratie geht! Deshalb will ich heute drei Ziele nennen, an denen wir uns jetzt orientieren müssen.
Das wichtigste Ziel zuerst: Jedes Kind in unserem Land soll am Ende der vierten Klasse lesen, schreiben und rechnen können. Wer es bis dahin nicht gelernt hat, lernt es auch später oft nicht mehr richtig. Und der hat es schwer, seine Talente zu entdecken, ein eigenständiges Leben aufzubauen, ein selbstbewusster Bürger zu werden!
Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir die Schulen am besten ausstatten, deren Kinder am meisten Unterstützung brauchen. Gerade dort brauchen wir mehr Lehrkräfte – und die besten! Gerade dort müssen wir Lehrerinnen und Lehrer entlasten, damit sie sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können: den Unterricht! Gerade dort brauchen wir die stärksten Teams, die meisten Schulbegleiter, die beste Sprachförderung. Und gerade dort brauchen die Schulleitungen noch mehr Gestaltungsfreiheit! Haben wir doch den Mut, die Schulen einfach mal machen zu lassen! Was in ihnen steckt, das sehen wir hier beim Deutschen Schulpreis.
Es ist eine gute Nachricht, dass Bund und Länder sich auf einen Kompromiss beim Startchancenprogramm geeinigt haben. Meine Bitte an die verantwortliche Politik: Sorgen Sie jetzt schnell dafür, dass endlich etwas bei den Schulen ankommt! Und setzen Sie den eingeschlagenen Weg dann gemeinsam fort! Wir müssen jetzt noch mehr tun, um wirklich alle benachteiligten Kinder zu erreichen! (…)

„Jede Schule in Deutschland muss eine Schule der Demokratie sein. Ein Ort, an dem Schülerinnen und Schüler lernen, einander mit Respekt zu begegnen.“

Das zweite Ziel lautet: Jede Schule in unserem Land soll zu einem Heimatort werden. Alle, die dort lernen und arbeiten, sollen gern in die Schule gehen – Schülerinnen und Schüler ebenso wie Lehrerinnen und Lehrer. Und das erreichen wir nicht dadurch, dass wir auf Anspruch und Leistung verzichten, ganz im Gegenteil. Wir müssen dafür sorgen, dass sich jeder an seiner Schule ernstgenommen, anerkannt und wertgeschätzt fühlt – als Teil der Schulgemeinschaft und als Teil unserer Gesellschaft.
Und das wichtigste Zeichen von Wertschätzung ist eben eine gute Ausstattung, sind gute Lern- und Arbeitsbedingungen. Dazu gehört nicht nur moderne Technik, sondern auch eine Umgebung, in der sich Schülerinnen und Schüler wohlfühlen. (…)
Und drittens: Jede Schule in Deutschland muss eine Schule der Demokratie sein. Ein Ort, an dem Schülerinnen und Schüler lernen, einander mit Respekt zu begegnen, aufeinander Rücksicht zu nehmen, Konflikte mit Argumenten auszutragen, Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen. Ein Ort, an dem junge Menschen das Miteinander in unserer vielfältigen Gesellschaft einüben. Jeden Einzelnen in seiner Besonderheit fördern, den Zusammenhalt der Verschiedenen stärken. Das muss der Leitsatz unserer Schulen sein.
Diese drei Aufgaben halte ich für vordringlich. Diese drei Ziele müssen wir erreichen. (…) Und daran sollten wir Schulpolitik in den kommenden Jahren messen! (…)“ ■

Quelle: bundespräsident.de; Infos zum Deutschen Schulpreis sowie die Langfassung der Rede des Bundespräsidenten unter: **gew.de/ew-11-23**

# DIGITALE VORREITER



**ANNE-KATRIN WEHRMANN**
freie Journalistin

*In Sachen Digitalisierung hat Estland in den vergangenen Jahrzehnten Maßstäbe gesetzt. Wie äußert sich das in den Schulen des Landes? Ein Blick hinter die Kulissen.*

Die überraschende Nachricht gleich vorweg: „Zu einem großen Teil nutzen wir im Unterricht Hefte und Stifte.“ Das sagt Alexander Voss, stellvertretender Leiter der Deutschsprachigen Abteilung am Deutschen Gymnasium in Tallinn. Estland gilt als digitales Musterland Europas, fast 100 Prozent aller staatlichen Dienstleistungen sind hier online verfügbar: An einer Schule in der Hauptstadt würde man eher erwarten, dass Tablets und Co. eine noch größere Rolle im Unterricht spielen. Jedoch: „Wir machen nicht blind alles, nur weil es mit Digitalisierung zu tun hat“, betont Voss. So habe es vor vier Jahren die Möglichkeit gegeben, für alle Schülerinnen und Schüler mobile Endgeräte anzuschaffen und komplett von Papier auf digital umzustellen – der damalige Schulleiter habe sich allerdings aus pädagogischen Gründen dagegen entschieden. Stattdessen gibt es nun außer einem Computerraum auch mehrere Rollwagen mit Tablets und Notebooks zur projektbezogenen Nutzung, die Lehrkräfte bei Bedarf für ihre Klassen buchen können. „In Deutschland denkt man viel vom Endgerät aus, weniger vom Nutzen“, meint Voss. „Da gehen wir hier pragmatischer an die Dinge heran.“

Fester Bestandteil des Schulalltags ist ein digitales Klassenbuch.

Insgesamt rund 1.000 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 12 besuchen das Tallinna Saksa Gümnaasium (TSG), das als einzige Schule im gesamten Baltikum das deutsche Abitur anbietet. Von den 32 Kindern, die jedes Jahr in der 7. Klasse in der Deutschsprachigen Abteilung starten, schaffen in der Regel 20 bis 25 fünf Jahre später neben dem estnischen auch den deutschen Abschluss. Weil der Umgang mit digitalen Medien in Estland von klein auf gang und gäbe ist, gibt es auch an den Schulen im Land keinerlei Berührungsängste. „Das gilt für die Kinder und Jugendlichen genauso wie für die Lehrkräfte“, macht Abteilungsleiter Christian Ohler deutlich. Als Beispiel nennt er die PISA-Studie, bei der Estland jüngst im europäischen Vergleich die Spitzenposition innehatte: „Bei den computergestützten Tests wissen die Jugendlichen sofort, was zu tun ist, ohne sich erst orientieren zu müssen.“

„BEI DEN COMPUTERGESTÜTZTEN TESTS WISSEN DIE JUGENDLICHEN SOFORT, WAS ZU TUN IST, OHNE SICH ERST ORIENTIEREN ZU MÜSSEN“, SAGT CHRISTIAN OHLER, ABTEILUNGSLEITER AM DEUTSCHEN GYMNASIUM IN TALLINN.

Foto: Anne-Katrin Wehrmann



Fester Bestandteil des Schulalltags ist eKool („eSchule“), eine vor rund 20 Jahren in Estland entwickelte Schulmanagement-Plattform, die alle Lehrkräfte ebenso selbstverständlich nutzen wie die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern. Die Software, die auch als App verfügbar ist, fungiert als digitales Klassenbuch: Hier werden nicht nur Hausaufgaben, Noten und individuelle Rückmeldungen vermerkt, sondern auch Zusatzmaterialien und Prüfungstermine eingestellt. Wer zum Beispiel krankheitsbedingt zu Hause bleiben muss, kann sich informieren, was im Unterricht gelaufen ist. Die Eltern kommunizieren über eKool mit den Lehrerinnen und Lehrern und können auf diesem Weg auch Entschuldigungen schicken – oder die App so einstellen, dass sie benachrichtigt werden, wenn ihr Kind mehrere Stunden nicht am Unterricht teilgenommen hat. Bei großen Fehlzeiten gehen Meldungen auch an die Schulpsychologin, die dann das Gespräch mit der Klassenleitung und den Eltern sucht.

## Während der Corona-Pandemie lief der digitale Unterricht problemlos.

Voss gehört zu den Lehrkräften, die regelmäßig Mobiltelefone im Unterricht nutzen. „Zum Beispiel für Recherchen oder kleinere Textaufgaben“, erzählt er. Es gebe aber auch Kolleginnen und Kollegen, die alle Handys vor Unterrichtsbeginn einsammelten. „Wir haben hier einfach die Flexibilität, in alle Richtungen zu gehen“, erläutert Voss. „Das gilt auch für die digitalen Lehrbücher, mit denen manche arbeiten und andere nicht.“ Die grundsätzliche Verfügbarkeit digitaler Unterrichtsmaterialien, vielfältige

>>>

ERIK REMMA UNTERRICHTET INFORMATIK, IST ALS BILDUNGSTECHNOLOGE AM DEUTSCHEN GYMNASIUM IN TALLINN ABER AUCH DAFÜR ZUSTÄNDIG, DIE DIGITALE KOMPETENZ DER LEHRKRÄFTE ZU FÖRDERN. „DIE LEHRERINNEN UND LEHRER HABEN SO VIELE AUFGABEN, DA KÖNNEN SIE SICH NICHT AUCH NOCH IM DETAIL MIT TECHNOLOGISCHEN THEMEN AUSEINANDERSETZEN“, SAGT ER.

>>> Erfahrungen mit digitalen Medien, eine gut ausgebaute digitale Infrastruktur im Land und eine generell positive Haltung zur Digitalisierung in allen Bevölkerungsschichten: Vor diesem Hintergrund konnten estnische Schulen schnell reagieren, als der Präsenzunterricht während der Corona-Pandemie gestoppt werden musste. „Ab dem zweiten Tag lief der digitale Unterricht“, berichtet Ohler. „Wir haben keine Arbeitsblätter kopiert und verteilt – und wir hatten keine Eltern mit Bedenken.“

Manche Schulen haben auch nach Ende der Pandemie einen digitalen Unterrichtstag pro Woche beibehalten, um die Selbstlernkompetenz der Kinder und Jugendlichen zu fördern. „In Estland wird grundsätzlich viel getestet und ausprobiert“, sagt Kaarel Rundu, „wir haben hier seit der Unabhängigkeit Anfang der 1990er-Jahre eine echte Testmentalität entwickelt.“ Rundu ist der frühere Schulleiter des TSG, der sich vor vier Jahren gegen den flächendeckenden Einsatz mobiler Endgeräte entschied. Heute ist er Leiter des Bildungsamtes von Tallinn und als solcher für alle Schulen in der Stadt zuständig. Im gesamten Land habe Bildung einen hohen Stellenwert: Für die meisten Kinder und Jugendlichen sei die Schule ein Lebensort, an dem sie sich gerne aufhielten. „Wir haben hier keine Bodenschätze, darum mussten wir etwas anderes tun“, macht er deutlich. „Bildung war für uns der Weg raus, auf verschiedenen Ebenen.“

## Bildungstechnologe als Vermittler

In Estland haben die Schulen ein eigenes Budget, mit dem sie nach ihren individuellen Bedürfnissen arbeiten können. So gibt es am TSG neben den „gängigen“ Professionen auch einen Schulentwicklungsmanager, eine Schulkrankenschwester und – wie an mittlerweile allen Schulen in Tallinn –

FÜR MARK ANRY KRIISA UND TRIIN ERALA IST DER UMGANG MIT DIGITALEN MEDIEN VÖLLIG SELBSTVERSTÄNDLICH. DIE BEIDEN GEHEN IN DIE 12. KLASSE UND MACHEN IN WENIGEN MONATEN NEBEN IHREM ESTNISCHEN ABSCHLUSS AUCH DAS DEUTSCHE ABITUR.

Fotos: Anne-Katrin Wehrmann

einen Bildungstechnologen. Zu Erik Remmas wesentlichen Aufgaben gehört, die digitale Kompetenz der Lehrkräfte zu fördern und diese über aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten. Darüber hinaus unterrichtet er in drei Klassen Informatik. „Wenn Lehrkräfte nicht genau wissen, wie sie ein bestimmtes Equipment, eine Software oder Plattform nutzen können, zeige ich ihnen das“, berichtet er. Das geschieht dann entweder auf Zuruf oder im Rahmen der Fortbildungen, die er an der Schule anbietet. Aktuell sei Künstliche Intelligenz und deren Einsatz in der Lehre ein großes Thema: „Die Lehrerinnen und Lehrer haben so viele Aufgaben, da können sie sich nicht auch noch im Detail mit technologischen Themen auseinandersetzen“, sagt Remma. „Mein Ziel ist es, ihnen die Kenntnisse und Tools zu vermitteln, die sie brauchen.“

Für Mark Anry Kriisa und Triin Erala ist der Umgang mit digitalen Medien völlig selbstverständlich. Die beiden gehen in die 12. Klasse und machen in wenigen Monaten neben ihrem estnischen Abschluss auch das deutsche Abitur. An diesem Tag sind die zwei 18-Jährigen etwas müde, weil sie gerade von einem dreitägigen Militärcamp zurückkommen, in dem sie Landesverteidigung geübt haben – ein ganz normaler Bestandteil des Schullebens in Estland. Sich auf zwei unterschiedliche Prüfungsphasen gleichzeitig vorzubereiten, sei durchaus belastend, räumen sie ein. „Aber ich sehe darin auch eine große Chance, weil ich hier einen anderen Blick auf die Fächer bekomme und ich später in Deutschland Luft- und Raumfahrttechnik studieren möchte“, erzählt Kriisa. Ein Schulalltag ohne eKool ist für beide undenkbar. „Das macht die Kommunikation so viel einfacher und bequemer“, meint Erala. „Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie Schulen in anderen Ländern das machen.“ ■

# ERFOLGREICHER KAMPF GEGEN KINDERARBEIT

Foto: Bildungsinternationale (BI)

SAMUEL GRUMIAU,
PROJEKTKOORDINATOR DER STIFTUNG FAIR CHILDHOOD
FÜR DIE GEW UND DIE BILDUNGSINTERNATIONALE

**INTERVIEW: MARTINA HAHN**
freie Journalistin

*Seit 2011 unterstützt die GEW-Stiftung fair childhood im Globalen Süden Lehrerinnen und Lehrer in ihrem Kampf gegen Kinderarbeit. Projektkoordinator Samuel Grumiau erläutert im E&W-Gespräch die Herausforderungen und Erfolge der Stiftung.*

**E&W:** Herr Grumiau, verhindern die fair-childhood-Projekte Kinderarbeit?

**Samuel Grumiau:** Ja, Zahlen belegen das: Allein 2022 haben wir 1.720 Kinder, die auf Feldern, in Minen oder in Haushalten gearbeitet hatten, für die Schule zurückgewonnen. Unsere Projekte in neun Ländern trugen dazu bei, dass 1.545 Minderjährige nicht zu sogenannten drop outs wurden. Auch das verhindert Kinderarbeit. Denn viele „Drop-outs“ landen in einem Job, in dem sie ausgebeutet werden oder der hochgefährlich ist.

**E&W:** Gegen Kinderarbeit kämpfen viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Was macht die GEW-Stiftung anders?

**Grumiau:** Der Unterschied ist, dass wir mit Lehrkräftegewerkschaften vor Ort zusammenarbeiten. Das hat zwei Vorteile: Zum einen bleiben viele Lehrerinnen und Lehrer, die wir zum Thema Kinderarbeit geschult haben, vor Ort – die Projekte sind also nachhaltig. Zum anderen haben Gewerkschaften oft einen besseren Zugang zu den lokalen, regionalen und nationalen Regierungen oder Schulbehörden als NGOs. Eine Lehrkräftegewerkschaft ist immer Teil des gesellschaftlichen Dialogs und Aus-

handelns. Sie kann den Entscheidungsträgerinnen und -trägern genau berichten, was an den Schulen gut läuft – und was nicht. Lehrkräfte wissen, auf welchen Plantagen oder in welchen Nähstuben Kinder ausgebeutet werden. Eine Gewerkschaft kann auch ganz oben Druck machen, damit sich die Schul- und Lehrbedingungen verbessern. Und sie kann andere mit Pilotprojekten inspirieren und zeigen, wie es besser laufen kann.

**E&W:** Wie schaffen die Lehrkräfte das?

**Grumiau:** Unsere Partnergewerkschaften sensibilisieren die Väter und Mütter in den Dörfern, die Dorfältesten, die lokalen religiösen Autoritäten und vor allem auch die Schülerinnen und Schüler dafür, welche Auswirkungen Kinderarbeit hat. Sie informieren darüber, welche Rechte Kinder haben. Sie machen den Unterschied deutlich zwischen einer ausbeuterischen Kinderarbeit, die in fast allen Ländern verboten ist und den Kindern oft null Raum fürs Lernen lässt, und einer auch von der Bildungsinternationale – dem weltweiten Zusammenschluss von rund 400 Bildungsgewerkschaften – akzeptierten Mithilfe der Kinder in den Familien, die deren Schulbesuch nicht verhindert. Kinder erfahren von den geschulten Lehrerinnen und Lehrern, dass es eben nicht normal ist, zu schuften, statt zu lernen. Und dass es nicht in Ordnung ist, mit 13 Jahren zu heiraten. Ganz oft werden die Schülerinnen und Schüler auch selbst zu Akteuren des Wandels. Etwa, indem sie befreundete „Drop-outs“ überzeugen, wieder am Unterricht teilzunehmen. Oder indem sie eine Lehrkraft informieren, wenn Mitschülerinnen oder -schüler in die Fänge eines Menschenhändlers geraten sind.

**E&W:** Vor welchen Problemen stehen die lokalen Lehrkräftegewerkschaften bei ihrem Kampf gegen Kinderarbeit?

**Grumiau:** Ein Hindernis ist der Mangel an guten Schulen. Wo es keine oder nur schlechte Schulen gibt, ist es sehr viel schwieriger, Menschen davon zu überzeugen, wie wichtig Schulbildung und wie zerstörerisch Kinderarbeit ist. Das gleiche gilt für Regionen, in denen es weder eine Schultoilette noch eine Kantine gibt oder Kinder zur Schule mehrere Stunden durch eine gefährliche Wildnis laufen müssen. Umso wichtiger ist, dass die Gewerkschaften solche Missstände bei den Schulbehörden anprangern. Und dass sie alle Betroffenen – also Eltern, Verwandte, religiöse Führer, die Dorfältesten oder Schulleitenden – von Anfang an mit in die Projekte gegen Kinderarbeit einbeziehen. Gelingt das, lässt sich Kinderarbeit an diesen Orten auch beseitigen. ■

Kindern eine Kindheit geben

**Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood.***
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
**IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00**
**BIC: BFSWDE33MUE**

www.gew.de/internationales/fair-childhood
*fair childhood* ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

**Ja,** ich möchte mehr Informationen *fair childhood.* Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 11/2023

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

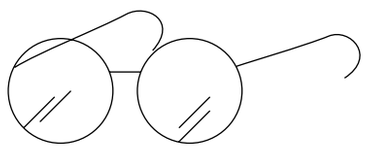
Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

***fair childhood***
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

# MITGLIEDERFORUM





## *OPFER DER EUROPÄISCHEN GROSSMÄCHTE*

*(E&W 6/2023, SEITE 38 FF.: „EINE SCHULE FÜR GEFLÜCHTETE JESIDEN“)*

Der erschütternde Bericht über die vom „Islamischen Staat“ vor mehr als einem Jahrzehnt vertriebenen, ermordeten Jesiden aus dem Nordirak bedarf einer geschichtlichen Erklärung. Deutschland und die Türkei waren während des 1. Weltkrieges „Waffenbrüder“. Deren europäische Gegner, Großbritannien und Frankreich, versprachen für den gemeinsamen Kampf gegen die Türkei den Völkern des Nahen und Mittleren Orients Freiheit und Selbstbestimmung nach gewonnenem Kampf.
So auch den Kurden, deren Siedlungsgebiete in den Bereichen der heutigen Türkei, Syrien, Irak und Iran liegen. Davon hätten auch die Jesiden profitiert, die in kurdischen Gebieten angesiedelt waren.
Doch nichts geschah: Die Türkei erhielt die kurdischen Gebiete, Großbritannien und Frankreich teilten unter sich den Nahen und Mittleren Osten auf.
Ulrich Bald, Hagen

## *ZU WENIG MITBESTIMMUNGS-RECHTE*

*(E&W 9/2023, SEITE 6 FF.: „SCHWERPUNKT DEMOKRATIEBILDUNG“)*

Ja, liebe GEW, so ist es. Demokratie lässt sich nicht abschieben auf ein „Demokratielabor“ oder den Politikunterricht. Es gilt, die Partizipationsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler in der Schule insgesamt zu stärken und die Jugendlichen zur Wahrnehmung ihrer Rechte zu motivieren.
In der Schulkonferenz an Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen haben die Lehrkräfte 50 Prozent der Stimmen. Ferner nehmen auch ein oder zwei Vertreter der Auszubildenden (von den Gewerkschaften benannt) mit Stimmrecht teil und werden auf die Schülervertretung angerechnet. Ich habe diese Gewerkschaftsvertreter in meiner langen Dienstzeit so gut wie immer vermisst. So werden die ohnehin schon geringen Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler weiter geschmälert. Es wird Zeit, dass die GEW eine Umfrage macht, inwieweit dieses Phänomen an den Berufskollegs verbreitet ist und sich gegebenenfalls an ihre Partnergewerkschaften im DGB wendet.
Beteiligung der Lerner an der Auswahl der Inhalte und Methoden? Lehrerkonferenzen als Diskussionsforum oder nur als Abnickveranstaltung? Bei einem E&W-Heft, das diese Themen auslässt, muss man sich nicht wundern, wenn uns die Demokratie verlässt.
Claudia Weidl, Remscheid

## *DEMOKRATISIERUNG DER SCHULE NÖTIG*

*(E&W 9/2023, SEITE 6 FF.: „MITBESTIMMEN, GESTALTEN, VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN“)*

Die Ziele des Demokratielabors, einen positiven Bezug zu Demokratie zu fördern, sind löblich. Ohne Schüler*innen aber wirklich die Möglichkeit zu geben, im Schulalltag mitbestimmen, gestalten und Verantwortung übernehmen zu können, ist Demokratie für diese nicht erfahrbar, was für einen positiven Bezug aber entscheidend ist. Eine Demokratisierung der Institution Schule ist nötig und nicht nur ein kleines Projekt zur Demokratie! Ein weiteres Problem der Demokratiebildung ist die auch im Artikel durchscheinende implizite Gleichstellung der Demokratie

mit dem politischen System der BRD. Eine Kritik an diesem System und teilweise auch die Benennung mangelnder Demokratie innerhalb dieses Systems werden dann zu demokratieskeptischen oder gar -feindlichen Ansichten abgewertet. Solche Haltungen aber als legitime demokratische Positionen anzuerkennen wäre wichtig, damit junge Menschen sich nicht grundsätzlich von den Ideen der Demokratie abwenden. Demokratiebildung muss dazu beitragen, eigene Interessen zu erkennen und zu vertreten und damit am demokratischen Kampf um Deutungshoheit teilhaben zu können.

Benedikt Heckens, Münster

## Kontakt

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.
Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.
Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.
Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

**Hamburg**
Schülertouren
St. Pauli, Speicherstadt, Hafenrundfahrt
kiezjungs@gmail.com, T: 040-27872891
**www.kiezjungs.com**

**Berlin**
Schülertouren
Mauer und Szene Tour,
Demokratie Tour
**berlin.kiezjungs.com**

**Europas Zukunft braucht Natur**
Gemeinsam mit unseren Verbündeten leisten wir Widerstand gegen den Ausverkauf der letzten Naturschätze Europas. Spenden Sie für eine lebenswerte Zukunft! **Mehr Informationen auf www.euronatur.org/fluss**
Menschen und Natur verbinden
euronatur Westendstraße 3 • 78315 Radolfzell
Tel.: +49 (0)7732/9272-0 • info@euronatur.org

Ihre Anzeige in der E&W:
**anzeigen@stamm.de**

ROCKET EDU

DER ORBIT
Mobile Schreibunterlage für flexible Lernlandschaften
www.rocket-edu.de

**www.schulorganisation.com**
**Dokumentation**
**Organisation**
**Rechtssicherheit**
✆ 02521 29905-10
F&L SCHULORGANISATION Verlage Flöttmann & Langenkämper

**Lesungen für Grundschulen**
www.leseshow.de

**Die Quintenzirkeluhr**
und viele Lehrobjekte jetzt mit 5% Rabatt.
Rabattcode: **EW23**
UvdS-Design.com
webshop.uvds-design.com

Bernhard Sauer
**Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?**
Duncker & Humblot
188 Seiten
16. Juli 2023
ISBN: 978-3428188918
49,90 Euro

*Der Erste Weltkrieg war der bislang umfangreichste Krieg der Geschichte. Was waren die Ursachen für diesen Krieg? Sind die Großmächte in den Krieg hineingeschlittert? War er ein Unfall, ein Versehen, oder gab es Kräfte, die diesen Krieg gewollt haben?*
*Der Autor hinterfragt und diskutiert die Rolle einflussreicher Kräfte im Kaiserreich, die mit dem Krieg womöglich annexionistische Kriegsziele verfolgten.*

**Beamtendarlehen - Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 €**
- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

Kostenfrei anrufen
**0800 - 1000 500**
öD-Beratung seit 1976

**Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen**
**AK-Finanz.de**
info@ak-finanz.de
Unser Tiefzins
Kredite umschulden!
Echt sehr gut
AK FINANZ
AK-Finanz Kapitalvermittlungs GmbH, E3, 11 Planken, 68159 Mannheim, Tel: (0621) 178180-0

# DIESMAL

Cartoon: Thomas Plaßmann

CHRONISTEN